



der
LICHTBLICK

Unabhängige Zeitung

*Kein Wille, der fest will,
ist umzubringen:
Wie Feuer, das man tausendmal
vom Ziel abdrängen will,
Wird er empor sich ringen.*

Dante

Aus dem Inhalt

Leitartikel

Verantwortung — Partnerschaft
— Mitbestimmung

Vollzug in gelockerten Formen

Schweden experimentiert human

Bundesjustizminister Prof. Ehmke:
Grundsätze einer rationalen
Menschlichkeit

Die goldene Freiheit

unihelp und die Universal-Stiftung

Der Vollzugshelfer

Aufgabe und Arbeit

Die gerechte Entlohnung

Psychologen

Wege und Möglichkeiten in der
Vollzugspraxis

Kunstausübung in der Haft

Kunstaussstellung in Godesberg:
Symbole der Gefangenschaft

Ein Unruhiger im Käfig der Justiz

Hundstage in Tegel

Koordinierung in der
Entlassenenhilfe

In eigener Sache

Wie jeder Herausgeber einer Zeitung hat sich auch die Redaktionsgemeinschaft III des LICHTBLICK ein Ziel ihrer Publikationsarbeit gesteckt. Öffentlichkeitsarbeit, Verbesserungsvorschläge und eine umfassende Information für die Anstaltsinsassen war unser Konzept. Darüber hinaus waren wir bestrebt, durch Diskussionen und Gespräche mit wichtigen Persönlichkeiten Erleichterungen für uns alle zu erreichen. Wir haben nicht nur von unseren Lesern, sondern auch von der Presse anerkennende Worte zu hören bekommen, was uns anspornte, den LICHTBLICK mit jeder Nummer inhaltvoller und abwechslungsreicher zu gestalten.

Die Ereignisse vom 31. Juli, 1. und 5. August waren für uns insoweit besonders bedrückend, weil wir, objektiv beobachtend, in diesen Tagen nicht publizistisch arbeiten konnten. Deshalb haben wir Mittel und Wege zu finden, nicht nur in Form von Extra-Blättern den LICHTBLICK aktueller und informativer herauszugeben. Die ersten vorbereitenden Besprechungen in dieser Richtung haben stattgefunden.

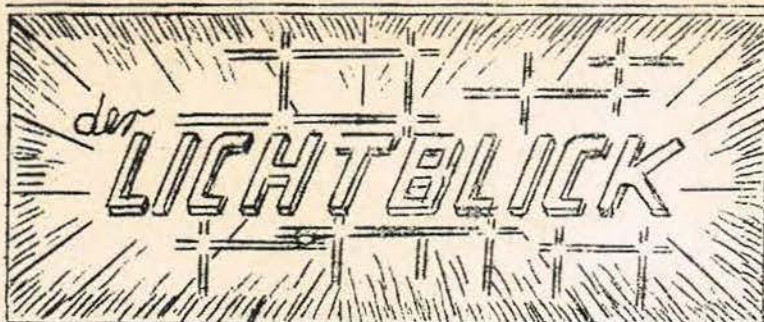
Was in unseren Kräften stand, die hektische Situation in der Anstalt zu entschärfen, haben wir durch sachliche Gespräche mit den zuständigen Stellen getan. Leider müssen die für den August angesetzten LICHTBLICK-Diskussionen in den Häusern I, II und IV vorläufig ausfallen. Genaue Termine geben wir noch bekannt. Wir waren gezwungen, den fast fertigen LICHTBLICK so umzugestalten, daß wir unsere Meinung zu den unruhigen Tagen in Tegel objektiv und ausführlich noch sagen können.

Um die Berichterstattung über zwei wichtige Diskussionen, betreffend die Koordinierung der Entlassungshilfe und neue Ausbildungsmöglichkeiten mit Hilfe des Arbeitsamtes und unihelp, zu gewährleisten, mußte auf die Seiten 'junge leute heute' leider verzichtet werden. Wir werden unsere jungen Leser dafür in der nächsten Ausgabe entschädigen.

Über das angekündigte und ausführliche Bildungs- und Unterhaltungsprogramm für das Herbst- und Winterhalbjahr werden wir unsere Leser durch ein besonderes Informationsblatt in Kenntnis setzen.

Die Auflage des LICHTBLICK mußte auf 1500 Exemplare erhöht werden.

Redaktionsgemeinschaft III



UNABHÄNGIGE
ZEITUNG

2. Jahrgang Nr. 8

Berlin, 15. August 1969

Der Ruf nach
Gedankenfreiheit setzt
das Vorhandensein von
Gedanken voraus

VERANTWORTUNG - PARTNERSCHAFT - MITBESTIMMUNG

Um aus der Misere teilweise noch veralteter Vollzugspraktiken herauszukommen und um den gesamten Strafvollzug so umzustrukturieren, daß in dem Straftäter und Strafgefangenen allmählich soziales Bewußtsein geweckt wird, muß ein Umdenkungsprozeß einsetzen, der sowohl die Gesellschaft mit all ihren Institutionen als auch den Einsitzenden erfassen sollte.

Umdenkungsprozeß insofern, weil bei einer bestehenden und dem Versuch der Änderung unterworfenen Situation nur dann im Laufe der Zeit Erfolge erzielt werden können, wenn sich alle, die mit dem sicher problematischen Komplex Strafvollzug zu tun haben, auch verantwortlich fühlen.

Dem Verantwortungsgefühl ist nicht damit Genüge getan, wenn irgendwelche Entscheidungen oder Bestimmungen zu erlassen, bzw.

bekanntzumachen sind. Verantwortungsbewußtsein muß schon dort empfunden werden, wo es gilt, die Ursachen der Straffälligkeit und der Kriminalität zu ergründen.

Es würde an dieser Stelle zu weit führen, wollte man versuchen die Frage zu klären, inwieweit die Gesellschaft dafür mit verantwortlich ist, daß es Straftäter überhaupt gibt: siehe soziale Verhältnisse des einzelnen, siehe seine unter Umständen vorhandenen Milieuschäden, und ob bei der Erkenntnis all dieser Aspekte die Gesellschaft nicht die Verpflichtung übernehmen müßte, bei einem Wiedereingliederungsprozeß tatkräftig mitzuarbeiten.

Der Vorgang bedeutet auf die hiesigen Verhältnisse zugeschnitten, daß der Vollzug die Aufgabe hat, auch dem Gefangenen das Bewußtsein zu vermitteln, daß er nicht nur sich selbst, sondern

auch der Gesellschaft gegenüber verantwortlich ist. Dieser Prozeß ist allerdings nur dann durchführbar, wenn man sich der Mühe des gegenseitigen Verstehens und Entgegenkommens unterzieht und in einer Form ergänzender Partnerschaft versucht, die Aufgaben gemeinsam zu lösen.

Das wiederum schließt die Forderung ein, daß man den Mut zum Experiment hat, daß man bei und in verantwortlichen Stellen das Gedankengut derjenigen einmal aufgreift, die in einer Vielzahl von Schriftsätzen und in einer ganzen Reihe von Gesprächen immer wieder dieses Thema abgehandelt haben. Selbst beim Scheitern der ersten Experimente darf es kein Aufhören geben, sondern einen neuen Anfang, ein neues Experiment muß durchgeführt werden.

Nur so, und effektiv nur so, wird man im Laufe der Zeit zu Ergebnissen kommen, die letztlich alle befriedigen werden.

Konzentrieren wir uns bei dem Begriff 'Mitbestimmung' auf den Bereich des Strafvollzugs.

Wenn man sich dieses Wort genauer ansieht, wird man erkennen müssen, daß es eine Vielzahl von Möglichkeiten bietet. Und man fragt sich mit Recht, warum der Gefangene eigentlich nicht zu bestehenden oder geplanten Maßnahmen im Strafvollzug sein Urteil abgeben soll. Maßnahmen nämlich, die für ihn von entscheidender und einschneidender Bedeutung werden können.

Berücksichtigt man weiterhin die im März dieses Jahres abgehaltene Pressekonferenz des Justizsenators, in der auch etwas über die Schaffung von Gefangenenbeiräten ausgesagt wurde, so kann man die sicher berechnete Frage stellen, warum diese Anregungen eigentlich nicht aufgegriffen worden sind und keine Versuche unternommen wurden, derartige Gremien zu bilden, die in ihrer Struktur und Aufgabe ja sowieso nur beratende Funktion hätten. Diese berechnete Forderung werden wir deshalb immer wieder stellen.

Es werden immer sehr schnell irgendwelche Ausschüsse gebildet, in denen fachgebundene Theoretiker sich die Köpfe über alle möglichen

Probleme heiß reden. Es ist aber offensichtlich noch niemand auf den Gedanken gekommen, diejenigen, die in erster Linie davon betroffen sind, in einer Form und unter dem Gesichtspunkt der Partnerschaft und beratenden Mitbestimmung hinzuzuziehen. Weil man dabei nicht erkennt oder erkennen will, daß damit auch dem Gefangenen gewisse Verantwortungen übertragen und Entscheidungen abverlangt werden, die im Endeffekt ja dann auch auf ihn selbst zukommen.

Der LICHTBLICK hat in dieser Richtung die ersten kleinen Schritte und Gehversuche unternommen.

Das beginnt damit, daß wir mit einem noch kleinen Kreis von Angehörigen des Vollzugsapparates in etwa die Situation erreicht haben, daß wir uns als Partner gegenüber sitzen und anstehende und die Allgemeinheit betreffende Probleme in Form der Diskussion zu klären versuchen.

Das wird in Kürze fortgesetzt, indem wir mit dem Vorstand der uni-help über eine Art Rechenschaftsbericht dieser Organisation sprechen wollen, die es sich ja zur Aufgabe gemacht hat, für uns zu arbeiten, und wir infolgedessen auch einmal gerne wissen würden, ob man nicht dieses oder jenes besser und anders machen könnte.

Es muß also das Ziel unserer Bemühungen sein, mit all den Stellen und denjenigen, die direkt oder auch nur am Rande irgend etwas mit dem Strafvollzug zu tun haben, eine derartige Basis der Zusammenarbeit zu suchen, die diese grundlegenden Gesichtspunkte beinhaltet:

Verantwortung - Partnerschaft
Mitbestimmung!

J. W.

Der Langsamste, der sein Ziel nur nicht aus den Augen verliert, geht noch immer geschwinder, als der, der ohne Ziel herumirrt.

Lessing

IN GELOCKERTEN FORMEN

Einsichten und Erwägungen

Die Arbeit an einem neuen bundes-einheitlichen Strafvollzugsgesetz, das längst überfällig war, ist unter der Ära so fortschrittlicher Justizminister wie Dr. Heinemann und Prof. Ehmke in ein Stadium getreten, das erste Konturen eines verbesserten Vollzugs an Gestrauchelten erkennen läßt. Noch immer aber spiegelt sich in den Vorschlägen der Strafvollzugskommission die tiefe Kluft zwischen den Anhängern des Sühne- und Abschreckungsgedankens und den Kräften wieder, welche im Strafvollzug eine Chance sehen, den Rechtsbrecher durch geeignete Maßnahmen für die Gesellschaft zurückzugewinnen.

Wenn der Bundesjustizminister an anderer Stelle meint, daß letzteres Ziel nicht nur aus humanitären Gründen einem "Rechtsstaat" wohl anstehe, so ist dem von allen Einsichtigen nur zuzustimmen. Denn gerade an den Maximen der Menschlichkeit wird eine Demokratie gemessen.

Wenn man in dieser Hinsicht unvoreingenommen die Vorschläge der Kommission prüft, so klingen schon in dem Abschnitt über die Behandlung der Gefangenen ganz neue Töne auf.

"Das Leben in der Strafanstalt ist dem Leben außerhalb der Anstalt möglichst anzugleichen. Es muß deshalb so viel Bewegungsfreiheit zugelassen werden, wie unter Sicherheitsgesichtspunkten und im Interesse der Behandlung möglich ist. Die Bewegungsfreiheit soll zunehmend größer werden."

Sollten sich diese Vorschläge, die sich an den Mindestgrundsätzen der Vereinten Nationen orientieren, in absehbarer Zeit durchsetzen, wäre wirklich im deutschen Strafvollzug eine Grundlage geschaffen, die es vermeidet, in ummauerten und vergitterten Zwingburgen gefangene Menschen verbittert und lebensuntüchtig zu machen, sondern sie im Gegenteil so sozialisiert und

charakterlich festigt, daß sie sich nach der Entlassung besser in die Freiheit eingliedern können.

Soll dieses Ziel erreicht werden, dann muß der jetzige Pauschalvollzug völlig umstrukturiert werden, ein völliges und neues Umdenken bei allen Beteiligten beginnen, wozu viel guter Wille und echte Toleranz aufgebracht werden müssen.

Das muß zuerst auf der Basis geschehen: Vollzugsbedienstete und Häftlinge dürfen sich nicht mehr, getrennt durch einen tiefen Graben des Unverständnisses, in verhärteten Fronten gegenüberstehen. Das hat auch die Kommission erkannt, wenn sie in ihrem Entwurf vorschlägt:

"Im Verhältnis der Bediensteten zu den Gefangenen ist ein System der Zusammenarbeit aufzubauen. - Gefangene und Anstaltsbedienstete begegnen einander mit Achtung."

Es fängt unserer Ansicht nach mit den grundsätzlichen Höflichkeitsformen an. Ein Gefangener, der "Danke" und "Bitte" sagt, vergibt sich nichts, im Gegenteil, er wertet sich auf. Auch dem Beamten fällt kein Stein aus der Krone und kein Balken vom Schulterstück, wenn er bereitwillig der Forderung des Entwurfs folgt:

"Der Gefangene ist mit 'Sie' anzusprechen. Außerdem ist die im bürgerlichen Leben übliche Anrede ('Herr' oder 'Frau' bzw. 'Fräulein'), aber ohne Berufsbezeichnung und Titel zu gebrauchen."

Die Mitglieder der Strafvollzugskommission haben sich auch weitere Gedanken über die Beamten und Inhaftierten gemacht, die wir anschließend zusammenfassend zitieren wollen, mit dem Vorbehalt, daß noch immer einige Vorschriften der antiquierten Dienst- und Vollzugsordnung (DVO) in den Köpfen der Kommissionsmitglieder geistern.

Beteiligung an Gemeinschaftsaufgaben

"Zu den Methoden der Gefangenenbetreuung gehört von einem bestimmten Zeitpunkt an grundsätzlich auch die Beteiligung an Gemeinschaftsaufgaben (Mitverwaltung)", lesen wir im Entwurf.

Schon immer hat der LICHTBLICK und die KONTAKT-Arbeitsgemeinschaft III auch die Vorstellungen der Kommission gefordert, den Strafvollzug in kleinen differenzierten Vollzugsgruppen durchzuführen, und sie in bezug auf die Unterbringung und die gezielte Behandlung zu trennen. Auch wir sind der Meinung, daß alle bekannten Methoden und Mittel der Gruppenarbeit, einschließlich der Gruppen- und Einzeltherapie anzuwenden sind. Auch vor zukunftsweisenden Experimenten sollte man da nicht zurückschrecken.

Grundsätzliche Rechte

"Zu den grundsätzlichen Rechten des Gefangenen gehört, daß er in wichtigen Angelegenheiten den Anstaltsleiter oder einen für seine Sache zuständigen Beamten sprechen kann." - Für Tegel wird sich diese Gesetzesvorschrift erst durchführen lassen, wenn der Mammutkomplex der Strafanstalt in übersichtliche Verwahrhäuser, die sich selbst verwalten und eine Belegkapazität von 300 Inhaftierten nicht übersteigen, aufgegliedert wird.

Wichtig ist auch, wie es Nr. I/15 des Entwurfs fordert, daß der Gefangene über alle ihn persönlich betreffenden Angelegenheiten rechtzeitig benachrichtigt wird und grundsätzlich anzuhören ist.

Vorbereitung der Entlassung

"Als Übergangsstufe in die Freiheit, gegebenenfalls auch als einzige Vollzugsart (bei Kurzstrafen) ist der Strafvollzug in gelockerten Formen, insbesondere als Freigängerbehandlung in offenen oder halboffenen Anstalten oder Abteilungen durchzuführen."

Das haben wir schon seit langem immer wieder gefordert. Auch die Vorstellung, daß als eine lockere Form der Nachbetreuung sogenannte

Sozialzentren den Strafanstalten angeschlossen werden sollen, wurde von uns in den Artikeln "Was könnte man tun, wenn..." und "Differenzierter Strafvollzug" in den Ausgaben 4/5 und 6 - 7 angeregt. Viele Diskussionen vertieften unsere Vorstellungen und versuchten, die Öffentlichkeit zu mobilisieren. -

Dankenswert ist die Klarstellung seitens der Strafvollzugskommission, daß Freigängertum auch im Erwachsenenstrafvollzug bereits jetzt zulässig ist.

DER LICHTBLICK wird in weiteren Folgen, die sich mit der Gefangenearbeit, der Freizeitgestaltung, den Fortbildungsmöglichkeiten, dem Informationsrecht aus allgemein zugänglichen Quellen, der Unterbringung der Gefangenen und eine erweiterte Urlaubsregelung zur Förderung und Pflege der Familienkontakte befassen, mit wachsamem und kritischen Augen die erarbeiteten Vorschläge der Kommission verfolgen. Denn ein neues Strafvollzugsgesetz kann und muß ein Markstein in der deutschen Rechtspflege werden. Es sollte ein deutlicher Wegweiser in eine menschlichere Zukunft sein, einer Zukunft, in dem es auch dem Gestrauchelten trotz anrechenbarer Schuld möglich ist, Mensch zu bleiben, und sich als Gutwilliger zu bewähren, um nicht für immer zum Außenseiter der Gesellschaft zu werden.

kl.

ZITAT

"Die Erfahrung zeigt, daß die Rückfälligkeit bei den sozial Labilen verhindert werden kann, wenn man sie zu Mitarbeitern an ihrer Rehabilitation macht und wenn man ihnen nach der Entlassung berufliche und auch menschliche Hilfe gibt."

H. Ziegner

SCHWEDEN

EXPERIMENTIERT
HUMAN

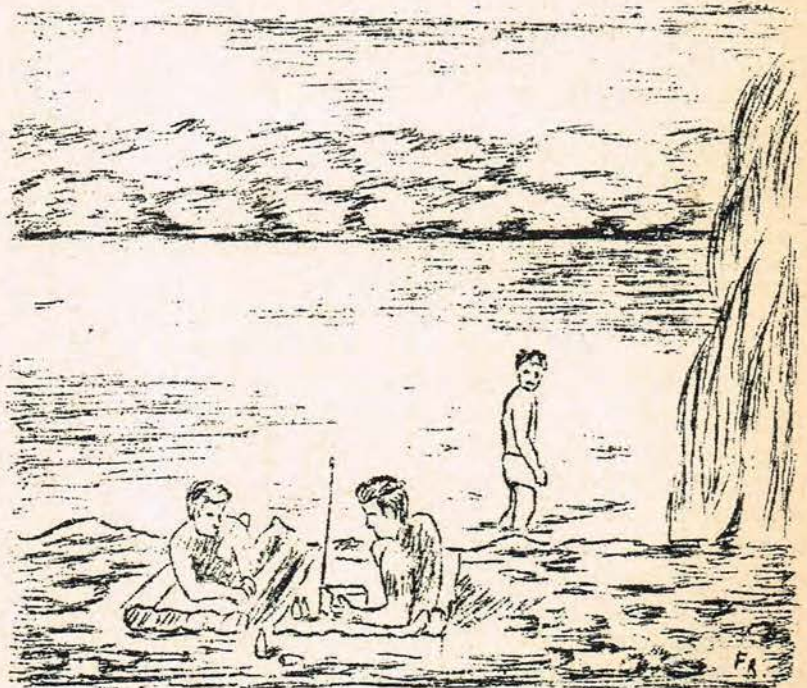
Es ist kein Zufall, daß der schwedische Strafvollzug als einer der fortschrittlichsten in der Welt gilt. Ein Land, das in Jahrzehnten ohne Kriege und Wirtschaftskrisen einen vorbildlichen Sozialismus entwickeln kann, wird sich auch bemühen, neue Wege zu finden, um den Rechtsbrecher durch fortschrittliche Methoden für die Gesellschaft zurückzugewinnen. Schon die Einsicht, daß der Verlust der Freiheit für den schuldig Gewordenen in der Regel das schwerste Übel ist, das ihm zugefügt werden kann, veranlaßt den schwedischen Staat, keine zusätzlichen Erschwernisse der Haft, wie entwürdigende Behandlung, die geistige Isolierung von der Außenwelt und den Zwang zur sexuellen Enthaltbarkeit zuzulassen, die von den Gefangenen nur als böswillige Schikane empfunden werden. Die Methoden, die im schwedischen Strafvollzug in den letzten Jahren angewendet wurden, erscheinen fast 'revolutionär'.

Torste Erikson, der Generaldirektor des schwedischen Gefängniswesens, ist deshalb der Meinung, daß Gefängnisse - Zuchthäuser gibt es in Schweden schon seit langem nicht mehr - nur die Aufgabe haben, den Häftling geistig und körperlich auf die Resozialisierung, auf die Rückkehr in die menschliche Gesellschaft vorzubereiten.

Die Erfahrungen mit einem abgestuften Vollzug, in dem bei aller Ordnung die Therapie den Vorrang vor der Abschreckung genießt, einem Vollzug, der den gestrauchelten Labilen stark und lebensstüchtig macht, haben den Schweden die Richtigkeit ihrer menschlichen Einstellung zum Straftäter bewiesen.

Seit dem 1. Januar 1965 gibt es in Schweden, das vor fortschrittlichen Experimenten nicht zurückscheut, zum Beispiel zwei Arten von bedingtem Urteil: eine Freilassung ohne Überwachung oder eine Bewährungs-entlassung mit sogenannter Schutzüberwachung durch beamtete Bewährungshelfer oder Privatpersonen, wobei die Dauer der Bewährungszeit genau so hoch ist, wie die, die der Häftling im Gefängnis zubringen mußte.

Weil die Strafen in Schweden wesentlich kürzer als in vergleichbaren Ländern liegen, kann eine Strafaussetzung zur Bewährung schon nach zwei Monaten Anstaltsaufenthalt ausgesprochen werden. Es muß hier noch erwähnt werden, daß eine lebenslängliche Strafe schon nach 8-10 Jahren mit



Häftlinge der Anstalt Asptuna
verleben ihren 4wöchigen Arbeits-
urlaub am See

einer Begnadigung endet. Zur Zeit gibt es in diesem nordischen Land etwa 5200 bestrafte Personen, von denen nur ein Bruchteil einsitzt. - Der Strafvollzug dort beginnt allemal mit der Persönlichkeitsforschung im Hauptgefängnis eines Distrikts (Provinz). Eine zentrale Kommission aus Richtern, Psychologen, höheren Vollzugsbeamten, Sozialarbeitern und Ärzten bestimmt dann, in welche Anstalt der Zugangshäftling verlegt wird und wie der Vollzug an ihm gestaltet wird.

Neben den üblichen geschlossenen Anstalten gibt es halboffene in gelockerter Bauweise und offene im Pavillonstil. Die letzteren bilden etwa die Hälfte aller Vollzugsanstalten.

In allen Gefängnissen wird der Vollzug in kleinen Gruppen von 10 - 20 Personen durchgeführt, die von genügend 'Pfleger' beaufsichtigt werden (auf 25 Beamte kommen durchschnittlich die gleiche Anzahl Häftlinge). Ärzte, Psychologen und Sozialarbeiter sind in ausreichender Zahl vorhanden.

Der schwedische Strafvollzug ist vorwiegend auf Arbeitstherapie ausgerichtet, wofür modern ausgestattete Produktionsbetriebe zur Verfügung stehen. In den einzelnen Anstalten gibt es auch verschiedene Ausbildungsstätten; aber wegen der Kürze der Strafdauer kann die Ausbildung meist nicht beendet werden.

In Skandinavien bemüht man sich mit Erfolg, die Isolation des Gefangenen möglichst gering zu halten, was z. B. mit einer großzügigen Besuchs- und Urlaubsregelung erreicht wird. So darf der Gefangene jede Woche Besuch empfangen, bei dem kein Beamter anwesend ist. In offenen Anstalten können die Besucher mit auf die von innen verschließbaren Zellen genommen werden, so daß sogar 'Ehen hinter schwedischen Gardinen' gepflegt werden können.

Die Urlaubsregelung ist vorbildlich. Jeder Gefangene erhält schon nach kurzer Strafverbüßung einen Urlaub, der mit 48 Stunden beginnt und bei Bewährung in der Freiheit bis zu vier Wochen ausgedehnt werden kann. Zudem experimentiert man mit Urlaubsheimen für arbei-

tende Gefangene, die Sanatorien nicht unähnlich sind.

Der schwedischen Mentalität entsprechend ist der Vollzug, was wohnliche Bauten und humane Behandlung anbetrifft, vorbildlich. Als Beispiel: Personal und Häftlinge essen gemeinsam in derselben Kantine.

Zellen und Verwahrzimmer sind fast komfortabel eingerichtet. In der Regel lebt fast jeder Gefangene unbeaufsichtigt in Einzelzimmern, zu denen es eigene Schlüssel gibt. Nach Arbeitsschluß hat er bis zur Dunkelheit "freien Hof" oder Sport, oder er kann sich in Freizeiträumen nach eigener Neigung beschäftigen (Fernsehen, Spielen, Lesen, Basteln etc.) oder in seinem Zimmer eine Auswahl aus drei Radioprogrammen hören. Das Licht schaltet er nach Belieben selbst ab.

Aber wo viel Licht ist, da ist auch Schatten. So vermissen alle Besucher schwedischer Strafanstalten einen individuellen Erziehungsvollzug. Vielleicht durch die relativ geringen Strafen bedingt, verzichtet man darauf.

Die Zukunftsperspektiven im schwedischen Vollzug sind sehr entwicklungsfreudig. In allen Anstalten soll demnächst den Gefangenen der volle tarifliche Lohn bezahlt werden. Insassen einer "Strafanstalt" sollen mit ihren Besuchern oder allein die Anstalt für einige Stunden verlassen dürfen und sich in der nächstgelegenen Ortschaft aufhalten dürfen. Weitere Urlaubsheime sollen für Langstrafer errichtet werden, in denen sie mit ihren Familien Ferien machen können. Utopisch scheint die Vorstellung, in naher Zukunft die Gefängnisse weitgehend abzuschaffen und die Straffälligen in Gruppen von 20 - 30 Personen in Wohnheimen unter der Leitung von Psychologen und anderen geschulten Kräften für die Freiheit zu trainieren, zu sozialisieren und für ein neueres besseres Leben zu aktivieren, im Sinne Pestalozzi: durch Vollentfaltung der körperlichen, geistigen und sittlichen Anlagen des Menschen zu einer gesellschaftlichen Erneuerung zu gelangen.

=====
 "Die Plebejer probten den 'Aufstand'"

Wenn man die unglücklichen Ereignisse der letzten Zeit objektiv und leidenschaftslos schildern will, so muß man die teils verborgenen, teils offen darliegenden Ursachen der Unruhe in den Verwahrhäusern der Anstalt zu ergründen versuchen.

Jedem einsichtigen Beobachter war es von Woche zu Woche klarer geworden, daß die Anstaltsleitung von ihren nachgeordneten Dienststellen ungenügend oder falsch informiert wurde und darum keine notwendigen und konsequenten Richtlinien erlassen konnte. Wenn der Häftling aber merkt, daß zum Beispiel innerhalb der Verwaltung eines Hauses unterschiedliche Maßnahmen getroffen werden, wenn der Beamte "an der Front" keine klaren Verhaltensvorschriften mehr bekommt, und man daher die Zügel schleifen läßt, dann ist es verständlich, daß kein geregelter Tagesablauf mehr gewährleistet ist, daß Unruhe in den Häusern entsteht und daß die Insassen versuchen werden, Angehörige der einzelnen Dienststellen gegeneinander auszuspielen. Dem Gefangenen ist auch kein Vorwurf zu machen, daß er sich durch die Lockerung der Disziplin Vorteile und Freiheiten verschafft, die in der DVollzO nicht vorgesehen sind.

Um richtig verstanden zu werden: Wir meinen damit nicht die humanitären Bestrebungen, den Strafvollzug zu reformieren, um dem Gefangenen im bundesdeutschen Strafvollzug ein menschenwürdiges Dasein zu garantieren.

Dazu gehört auch eine ausreichende, angemessene und schmackhafte Verpflegung; weiter eine ausreichende ärztliche Betreuung und eine sinnvolle Gestaltung der Freizeit.

Die mangelhafte Verpflegung der Insassen der Strafanstalt Tegel ist schon seit Jahren kritisiert worden. Trotz der Anhebung des Verpflegungssatzes um ca. 30 Pfennige pro Tag und Person konnten die Preissteigerungen in den letzten Jahren damit nicht aufgefan-

gen werden. Eine einfaltlose Zubereitung der Speisen und die eintönige und sich stets wiederholende Speisefolge erregten immer wieder den Unmut der Häftlinge. Nicht zu vergessen, daß die Häftlingsköche durch unsere Initiativen beim Präsidenten des JVA eine Höchstbelohnung erhalten, sich aber teilweise weigern, Speisen, die mehr Mühe und Arbeit erfordern, zuzubereiten. Auch konnte durch die Anhebung der Belohnung nicht vermieden werden, daß nach wie vor für uns bestimmte Lebensmittel verschoben werden. Noch immer sind wir der Meinung, daß "der Knabe, der an der Quelle sitzt" seine persönlichen Verpflegungsbedürfnisse, auch über das Maß hinaus, befrieden soll. Aber sonst gehören Fett, Fleisch- und Wurstwaren, Zucker und Tee in die Kochkessel.

Ein weiterer Mißstand ist es, daß der Nichtarbeiter nach denselben Normen wie ein Schwer- und Schwerstarbeiter verpflegt wird. In vielen anderen Strafanstalten Westdeutschlands ist eine Zusatzverpflegung für schwerarbeitende Häftlinge eine Selbstverständlichkeit.

Der Unwille der betroffenen Personen machte sich in der Vergangenheit schon mehrfach Luft. Die plötzlich einsetzende Hitzewelle trug mit dazu bei, daß durch die schlecht zubereitete Verpflegung, dem Personalmangel, die unterschiedliche Behandlung bei der Gewährung von Vergünstigungen und die Vorteile, die einem gewissen Personenkreis von der Hausverwaltung zugebilligt wurden, vielleicht auch die Ferien im Erwachsenenbildungsprogramm, in dem manche Stauungen und Aggressionen durch Diskussionen und sachliche Gespräche ventiliert werden konnten, sich das "Vollzugsklima" in den einzelnen Häusern von Tag zu Tag verschlechterte.

Alle diese Faktoren zusammen ergaben, daß sich am Abend des 31. Jul die Unzufriedenheit der Häftlinge in einer Protestaktion Luft machte. Die an diesem Tage ausgegebene

Abendverpflegung in Form eines trockenen "Fingerkäses" erschien den meisten Insassen als so unzureichend, daß sie ihn unter Protest bei der Zentrale deponierten. Sie verlangten dafür eine anständige und sättigende Nahrung. Da der anwesende Hausverwalter darüber keine Entscheidung treffen konnte, versuchte er über eine halbe Stunde lang, den Inspektor vom Dienst zu erreichen. Als dieser endlich herbeizitiert werden konnte, versuchte er, die etwa 50 bis 60 auf der Zentrale anwesenden "Protestler" durch leere und nicht realisierbare Versprechungen auf den nächsten Tag zu vertrösten. Da er bei den Häftlingen schon lange als unglaubwürdig galt, verlangten diese eine Aussprache mit dem Anstaltsleiter, der nach Angabe des Inspektors (wir haben andere Informationen) telefonisch nicht zu erreichen war. Ohne seinen Beamten irgendwelche Dienstanweisung zu hinterlassen, versuchte er dann, sich mit sehr ungeschickten Bewegungen einen "ehrvollen" Abgang zu verschaffen. Dabei vergaß er, den beanstandeten Käse mitzunehmen, den ihm dann einige erboste Häftlinge als "harte Gegenstände" nachwarfen.

Jedem erfahrenen "Knastologen" war es klar, was nun kommen mußte. Der völlig verstörte Inspektor vom Dienst betrachtete diese Maßnahme als Gefangenenmeuterei und alarmierte die Polizei. Ehe diese erscheinen konnte, hatte ein besonders gewalttätiger Gefangener versucht, die Zentrale des Hauses zu demolieren. Nur dem besonnenen Verhalten anderer Protestler ist es zu verdanken, daß es nicht zu persönlichen Auseinandersetzungen kam. Andere "bewaffneten" sich mit Feuerwehrschräuchen und empfingen das jetzt eintreffende Einsatzkommando Wedding mit müden Wasserstrahlen. Zu diesem Zeitpunkt hätte wahrscheinlich noch eine Aufforderung des diensttuenden Inspektors an die Gefangenen, ihre Zellen aufzusuchen und sich unter Verschuß nehmen zu lassen, genügt, den Polizeieinsatz zu verhindern. Als dann die Polizisten versuchten, in die

einzelnen Abteilungen vorzudringen, wurde - und das macht die Sache erst kriminell - von der obersten Etage ein Fensterkreuz geworfen, daß einen Einsatzpolizisten traf und so schwer verwundete, daß er ins Krankenhaus geschafft werden mußte.

An dieser Stelle soll besonders darauf hingewiesen werden, daß sich alle Insassen, auch die, die "an den Schlachten" beteiligt waren, auf das schärfste von dieser Handlung eines einzelnen distanzieren. Erst dann gab der Einsatzleiter den Befehl: "Waffen frei". Inzwischen war es aber auch zu Gesprächen: Polizei - Insassen gekommen. Als der Einsatzleiter erfuhr, daß Bereitschaftspolizei angerückt war, zog er seine Leute zurück. Nach Aufforderung über Megaphon, keinen Widerstand zu leisten und in die Zellen zurückzugehen, und als zudem noch ein Jurist versprach, sich dafür einzusetzen, daß die Häftlinge zusätzlich verpflegt werden, war die Ruhe und Ordnung im Hause bald wieder hergestellt. Die Bereitschaftspolizei, die keinen körperlichen Zwang ausüben mußte, konnte bald abgezogen werden. - - - Die am nächsten Nachmittag teilweise mit sehr harten Methoden durchgeführte "Generaldurchsuchung" des Hauses III war darauf zurückzuführen, daß sowohl Beamte als auch Häftlinge, die sich bedroht fühlten, Anzeige erstattet hatten, worauf die Sicherheitsbehörden im Einvernehmen mit der Anstaltsleitung diese Aktion durchführten. Diejenigen, von denen man glaubte, daß sie die Hauptakteure der Unruhen waren, wurden am nächsten Tage verlegt und auf eine Isolierstation gebracht. Eine "Minirevolte" im Hause I mußte am 5. August ebenfalls durch harten Polizeieinsatz, bei dem leider wieder ein Polizist verletzt wurde, gebrochen werden. Auch auf Seiten der Häftlinge gab es mehrere Verletzte. Nachdem die Hundstage vorbei sind, hoffen wir, daß auf beiden Seiten auch die Köpfe abgekühlt sind und bessere Einsichten Platz gewinnen.

Redaktionsgemeinschaft III

PRESSE-ZITATE

"Lichtblick" aus Tegel

Positives zum modernen Strafvollzug

Ungewöhnlich las sich schon der Absender: Strafanstalt Tegel, Seidelstraße 39, Haus III. Lesenswert war auch der Inhalt - irgendwie und irgendwann Gestrauchelte schickten uns ihre neueste Gefängnisgazette. Sie heißt "Der Lichtblick" und ist insofern einer, als es sich nicht um irgendein Protestpamphlet handelt. Die, so der Untertitel "Unabhängige Zeitung" wirkt ebenso kritisch wie objektiv.

Ein hinter Gittern herausgegebenes Blatt will nicht nur von Gefangenen gelesen werden. Wegen der steigenden Nachfrage habe es die Auflage erhöht - auf jetzt 1300 Exemplare. Das redaktionelle Team von Tegel hofft, die Gespräche über humanen Strafvollzug mögen nicht abreißen.

Auch Anerkennung

Der ehemalige Bundesjustizminister und jetzige Bundespräsident Dr. Heinemann leitete sie ein. Sein handgezeichnetes Bild - sehr liebevoll gestrichelt übrigens - füllt denn auch eine Seite. Auch was den sonstigen Stil anbetrifft, befindet er sich keineswegs in schlechter Gesellschaft. So würdigt der Text die familiäre und finanzielle Hilfe beispielsweise der evangelischen Kirche. Eine verheißungsvolle Diskussion mit der Deutschen Angestelltengewerkschaft über Fortbildung nimmt breiten Raum ein.

Zwar gibt es einen Humorteil im "Lichtblick", und witzig wurde manches formuliert. Sonst aber ist diese Spezialzeitung alles andere als ein Spaß. Das gilt auch für einen offenen Brief an den "Sehr mißbratenen Strafvollzug", geschrieben von einem "abgestempelten Schlechtermensch". Der Schreiber entdeckte erste Menschlichkeit bei Mitgefangenen. Sie halfen ihm zum Guten, als ihn etwa schlechter zu machen. Manches liest sich noch rätselhaft-

ter als der Quiz mit Buchbelohnung. So der Speisenplan - Dienstag Linsen, Sonnabend Erbsen: klingt normal. Doch Mittwoch Fleischklöße mit "pikanter Soße" und Sonntag gar Schaschlik, Soße, Salzkartoffeln, Rotkraut und Pudding - soll das ein Witz sein? Nein, so liest sich ein "Mauer-Menü", allerdings das vom Strafvollzug in Frankfurt a. M.

Es gibt aus Laiensicht nicht immer ganz logisch beantwortete Leserbriefe. Über unverträgliche Diätkost für Kranke, Freizeitwünsche auf dem Küchenhof, verbotenen Uhrenbesitz, erwünschte Fernsehprogrammverlängerung und - keine Pressefreiheit bei der Berichterstattung über Familientreffen.

Entwurf für Kirchenfenster

Ein künstlerischer Ideenwettbewerb: Kirche und "Unihelp" - letztere eine private Organisation zur Haftlingsbetreuung - setzten 200 DM aus. Belohnt wird der beste Entwurf für farbige Kirchenfenster.

Betroffene - und es kann nur zu leicht so manchen treffen - hoffen, der Strafvollzug sollte sich erst selbst einmal resozialisieren. Dann sei es hinterher auch für Entlassene leichter.

Telegraf, 24. 7. 1969

"Ich halte es für höchst unmodern, die Welt mit Waffengewalt verändern zu wollen."

Emil Zatopek in "Die Zeit"

Erweiterte Urlaubsregelung

Familienkontakte müssen gestärkt werden

Die am 27. Februar dieses Jahres vom Senator für Justiz erlassenen Bestimmungen zur Urlaubsregelung von Strafgefangenen bedürfen einer kritischen Betrachtung. In Beiträgen und Gesprächen des LICHTSBLICKS, unter anderem auch mit anstaltsfremden Personen, ist dieses sozialpolitische Moment immer wieder zur Sprache gebracht und aufgegriffen worden.

Wenn wir davon ausgehen, daß Voraussetzungen geschaffen werden sollten, die in erster Linie der Vertiefung noch bestehender Familienbande galten, dann stellt sich jeder die Frage, inwieweit man sich die Gedanken echter Humanität und Abweichung noch bestehender Paragraphenschemen zu eigen gemacht hat. Denn es kann und will uns nicht eingehen, warum man sich an den Begriff: "zwei Jahre Gesamtstrafe" klammert, der bei Beginn der Aktion sicher als Richtmaß und Experiment gedacht war, der mit den bisher gemachten positiven Erfahrungen aber als größtenteils überholt anzusehen ist.

Gehen wir davon aus, daß in Kürze erstens die Einheitsstrafe in Kraft treten wird und damit für alle derartige Bestimmungen in Anwendung gebracht werden sollten, und zweitens, daß die Einhaltung bestimmter, mit der Gewährung von Urlaub verbundener Auflagen durch einen Gefangenen, der zwar eine höhere Gesamtstrafe zu verbüßen, aber nur noch einen vergleichsweise geringen Rest 'abzusitzen' hat, wesentlich größer ist, so erscheint unser berechtigtes Anliegen der Überprüfung bestehender Bestimmungen als dringend geboten.

Grundlage jeder Urlaubsgewährung sollte unserer Meinung nach sein, welche sozialen Verhältnisse bei dem einzelnen vorliegen, welchen Möglichkeiten der Gefahren einer Entfremdung zwischen Mann, Frau und Kindern Einhalt geboten werden muß und welche Entwicklung der Persönlichkeit eingetreten ist. Es ist weder dem Gefangenen noch dem Staat und damit der Allgemeinheit gedient, wenn durch die lange ununterbrochene Trennung von "Tisch und Bett" eine große Zahl von Ehen in die Brüche geht, die als Folge davon zwangsläufig finanzielle Belastungen für verschiedene Institutionen des öffentlichen Lebens mit sich bringen. Es ist aber jedem geholfen, der von Zeit zu Zeit die familiäre Atmosphäre genießen kann.

Es sollte im Zuge der vereinfachten Bearbeitung, der Entlastung des viel zu umständlichen Verwaltungsapparates und der aus der jeweiligen Situation heraus gebotenen Menschlichkeit den einzelnen Anstalten größere Kompetenzen eingeräumt werden, um über diese Anträge zu entscheiden. Entscheidungen herbeizuführen, die in Zusammenarbeit der Stellen zu treffen sind, die zwangsläufig mit dem einzelnen ständig in Berührung kommen und die durchaus in der Lage sind, gerechtfertigte Urlaubsgesuche entgegenzunehmen und deren Notwendigkeit zu prüfen; so der Sozialdienst, unter Umständen der Sprechstundenbeamte und als dritte eine Person, die durch ihre Unterschrift den ganzen Vorgang legitimiert.

Überlegen sollte man sich auch einmal, ob im Zuge eingetretener oder zu erwartender Strafvollzugsreformen die Möglichkeit des Wochenendurlaubs für alle auch in Berlin erschöpft werden könnte, ein Experiment, das zu machen sich bestimmt lohnen würde und das bereits seit 1951 in Hamburg mit großem Erfolg praktiziert wird.

Berücksichtigen sollte man allerdings bei allen derartigen Versuchen, inwieweit es angebracht erscheint, den "Urlauber" in seine bisherige Umgebung zu entlassen, oder ob man diese Angelegenheit nicht besser und wesentlich vorteilhafter in sogenannten Begegnungszentren regelt.

Wir wollen hoffen, daß die Vielzahl der Anregungen, die auch aus dem Kreise der Gefangenen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden und werden, endlich einmal eine positive Resonanz finden.

J. W./G. F.

GRUNDSATZE

EINER RATIONALEN MENSCHLICHKEIT

Bei Eröffnung der Ausstellung "Bilder und Zeichnungen aus der Strafanstalt Berlin-Tegel" im Bundesministerium für Wohnungswesen und Städtebau am 8. Juli 1969 hielt Bundesjustizminister Prof. Dr. Ehmke einen richtungweisenden Vortrag über "Probleme der Resozialisierung von Strafgefangenen", aus dem wir nachfolgend die wichtigsten Passagen zitieren:

Die Reform des Strafrechts und des Strafvollzugs hat gerade eben erst begonnen. Die emotionalen Widerstände einer wenig aufgeklärten Bevölkerung sind sehr groß, und wir waren uns darüber auch im klaren. Auch der Bundestag war sich im klaren, daß wir bei den Ersten Strafrechtsreformgesetzen einen Schritt gemacht haben, der weitgehend auf Unverständnis oder gar Widerstand in der Bevölkerung stößt, und wir waren der Meinung, daß es die Aufgabe der politischen Führung ist, in einer Sache, die man für richtig hält, auch der demoskopischen Meinung voranzugehen. Es kann nicht die Aufgabe der Politiker sein, ihre Entscheidungen nach demoskopischen Ergebnissen zu treffen. Ich sehe allerdings mit Befremden, daß, nachdem die Große Koalition zusammen mit der FDP zu Recht die ersten Schritte der Strafrechtsreform und die Vorbereitung einer Strafvollzugsreform als Erfolg gefeiert hat, jetzt unter dem Stichwort "Schluß mit der weichen Welle" reaktionäre Kräfte diese Leistungen zu diffamieren suchen. Auch im Wahlkampf - ich habe eine ganze Menge Sinn dafür, daß es im Wahlkampf auch ein wenig munterer zugeht - geht es zu weit, wenn zu einer so ernsten Aufgabe eine der Parteien von einer "Aufweichung des Strafrechts" spricht. Wir werden dann ja wohl demnächst auch die Berufung aufs "gesunde Volksempfinden" erleben. Davor aber kann ich nur warnen.

Wir Politiker sollten nach unseren langen Diskussionen schon wissen und uns nicht darüber beschweren, daß die Bevölkerung zu einem großen Teil unwissend ist. Man bekommt gelegentlich schlimme Briefe von Leuten, die sich sogar zu den gebildeten Ständen zählen, Vorschläge, die da lauten, die Strafgefangenen in leere Kohlenzechen zu stecken und darin zu ertränken, das koste kein Geld und erledige alle Probleme des Strafvollzugs. Ich bin der Meinung, wir sollten darüber nicht nur die Nase rümpfen, sondern auch zugeben, daß zu lange so getan worden ist, als seien Strafrechtsreform und Strafvollzug nur etwas für Juristen. In Wirklichkeit ist das genau so Gesellschaftspolitik wie Sozialhilfe oder Wohnungsbau. Gute Gesellschaftspolitik kann man nur machen, wenn man die Mehrheit der Bevölkerung erstens hinreichend informiert, damit sie weiß, um was es geht, und wenn man sie zweitens davon überzeugt, daß das, was man macht, auch in ihrem Interesse liegt... Falsch ist die Meinung, Härte sei das wahre Stichwort für den Strafvollzug. Allerdings ist das Sühnebedürfnis tief menschlich. Zur Strafe gehört eben auch, für einen Gesetzesbruch einen Denkkzettel zu erhalten. Das Strafrecht kann sich nicht in Resozialisierung erschöpfen. Das gilt nicht nur für die Nichtresozialisierbaren, die wir in Sicherungsverwahrung nehmen, oder für die Kranken, die in Kran-

renbehandlung gehören, - obgleich das auch eine Art von Resozialisierung ist. Andererseits müssen wir uns klarmachen, daß bei den resozialisierbaren Tätern - und das ist die große Mehrheit - es auch im Interesse der Gesellschaft liegt, nicht mit primitiven Kategorien wie Härte oder Milde zu operieren, sondern einen effektiven Strafvollzug zu gestalten. Es geht um die beste Methode, die erstens den Tätern klarmacht, daß es so nicht geht, die aber zweitens verhindert, daß der aus welchem Grunde immer straffällig Gewordene durch den Kontakt in der Anstalt und durch Art der Behandlung nie mehr aus dem Teufelskreis "Straftat-Strafe-Rückfall-straftat" herauskommt...

Man muß also einerseits eine gewisse abschreckende Wirkung zu erzielen versuchen, andererseits dann, wenn eine Straftat geschehen ist, dafür sorgen, daß der Täter ins normale Leben zurückkehrt. Wir dürfen keinen Strafvollzug haben, der zum Teil Verbrechen mitproduziert...

Noch Herr Dr. Heinemann hat eine Strafvollzugskommission eingesetzt, die jetzt unter modernen Gesichtspunkten ein Bundesstrafvollzugsgesetz entwirft. Das ganze Gefängniswesen ist ja heute noch ohne gesetzliche Grundlage; es gibt nur Verwaltungsvorschriften. Die Ergebnisse der Kommissionsberatungen sparen wir nicht auf, sondern geben sie direkt an die Landesjustizverwaltungen weiter in der Erwartung, daß diese Reformvorstellungen alsbald ausprobiert werden...

Wenn nun auf Grund der neuen Vorstellungen der Strafvollzug in praxi modernisiert werden muß, so heißt das: neue Bauten, neue Anstalten, und vor allen Dingen neues, viel besser ausgebildeteres und darum teureres Personal...

Dabei läßt sich auch statistisch nachweisen, daß es keinen teureren Strafvollzug gibt als den, den wir jetzt haben, der nämlich die Gegner der Gesellschaft in den Rückfalltätern hochzucht, der den Erststraffälligen kleiner Kriminalität in den Strafanstalten mit großer Kriminalität ansteckt und vor allem den Strafgefangenen

kaum die Chance gibt, aus der Haft mit der fairen Chance herauszukommen, die Eingliederung ins normale Leben wiederzugewinnen. Das ist also ein sehr weiter Weg, da mache ich mir nichts vor. Ich bin nur der Meinung, daß wir ihn gehen müssen und daß man also auch in Wahlkämpfen nicht einen Zentimeter abrücken soll von der Auffassung, daß auch im Strafvollzug nur die Grundsätze einer rationalen Humanität gelten können, daß das nichts mit Gewissensduselei oder weicher Welle zu tun hat. Weich und hart sind völlig falsche Kategorien, hier wie in der Erziehung, sondern es kann nur darum gehen, wie ein Strafvollzug aussehen muß, der den besten Schutz für die Gesellschaft gibt. Das ist der harte Strafvollzug eben nicht, der stumpfsinnige Strafvollzug, der den Täter noch mehr verbohrt, ihn praktisch zum Rückfalltäter heranzieht. Außerdem gibt es auch eine Verpflichtung der Gesellschaft gegenüber dem Straffälligen...

Heinemann hat sehr richtig gesagt, es stehe unserer Gesellschaft nicht an, sich einzuteilen in die zwei Gruppen der Gerechten und der Gerichteten... Hier kommt die Frage der Entlohnung ins Blickfeld, eine in der Praxis sehr schwierige Frage. Wir haben ja heute das seltsame System, daß jemand eingesperrt wird und selbst wenn er arbeitet, keinen vernünftigen Lohn bekommt. Die Familie fällt dann der Sozialhilfe zur Last; die Mutter kann sehen, wie sie die Kinder davor bewahrt, auch straffällig zu werden. Das Opfer des Täters erhält keine Entschädigung, denn er verdient ja nichts. Und das alles halten wir offenbar für sehr normal, und auch die Leute, die sonst bei jeder Gelegenheit die Heiligkeit der Ehe hervorheben, sind offenbar der Meinung, daß in diesem Fall, wo nun wirklich der Ehe Unrecht geschieht und viele Ehen und Familien gefährdet werden, alles in Ordnung sei. Man sperrt den Mann ein, ohne zu fragen, was eigentlich die Familie in der Zwischenzeit macht, und so geht es bis in die Regelung des Besuchs von Gefangenen und dergleichen. Darüber wird sehr wenig geredet, und doch

ist es ein ganz großes Problem, wie wir mit diesen Dingen fertig werden...

Dazu gehört nun die Beschäftigung in der Freizeit, sei es mit Literatur, sei es in technischen Arbeitskreisen und so auch diese Bilder, die hochinteressant für die psychologischen Probleme in unseren Gefängnissen sind. Darüber könnte vermutlich jemand, der mehr von Psychiatrie und Psychologie weiß als ich, ein ganzes Buch schreiben - was nämlich an Erfahrung und auch an Leiden hinter diesen Bildern steht. Aber das ist ein Nebenprodukt. Uns interessiert klarzumachen, daß dies kein Luxus ist, daß dies auch nichts mit weicher Welle zu tun hat, sondern daß hier auch das Problem auftaucht, ob es gelingt, in dieser Zeit der Strafhaft die eigenen Fähigkeiten und das Selbstvertrauen zu stärken und dazu mitzuhelfen, die Freizeit in der Freiheit mit sinnvolleren Dingen zu erfüllen als mit neuen Straftaten. Es ist ein Stück der Resozialisierung, die Leute an diese Tätigkeiten heranzuführen und ihre Fähigkeiten zu entwickeln.

So organisiert die UNIHELP dankenswerterweise zum Beispiel Freizeitgruppen für Alkoholiker. Wenn ich mir ansehe, wie zum Teil die Alkoholiker im Strafvollzug behandelt werden, dann frage ich mich, in welchem Jahrhundert wir eigentlich leben. Es ist ein breiter Fächer von Dingen, die man tun kann...

Ich darf meinerseits zum Schluß sehr herzlich der UNIHELP danken. Herr Ziegner hat über viele, viele Jahre als Privatmann und ohne jede Bezahlung auf eigene Faust und mit eigener Kraft diese Organisation in Berlin mit erheblichen Erfolgen großgezogen. Welchen Widerhall UNIHELP gefunden hat, zeigt sich auch in der großen Zahl der freiwilligen Mithelfer. Man sagt ja heute oft, daß der Wille zu helfen in unserer Gesellschaft sehr gering sei...

Auch hier in der Bewährungshilfe, in der Bereitschaft, in die Gefängnisse zu gehen und dort zu diskutieren und zu helfen, liegt eine große Möglichkeit der freiwilligen Mithilfe und einer Tätigkeit, die sinnvoller ist als manches andere, was unsere Jugend so heute in ihrer freien Zeit tut...

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie - jeder in seinem Arbeits- und Berufskreis - ein klein wenig mithelfen könnten, auch unser Land auf diesem Gebiet, auf dem es keine gute Figur macht, ein Stück nach vorne zu bringen.

Wir müssen es erlernen, die Probleme allseitig zu betrachten, nicht nur die Vorderseite der Dinge zu sehen, sondern auch ihre Kehrseite. Unter bestimmten Bedingungen kann Schlechtes zu guten Ergebnissen und Gutes zu schlechten Ergebnissen führen.

MAO



Die goldene Freiheit"

Bericht eines entlassenen Strafgefangenen

Über fünf Jahre habe ich in der Strafanstalt Tegel verbüßt. Vorausgeschickt muß ich sagen, daß ich während dieser Zeit von der "Resozialisierung" nie etwas gehört habe. Jedenfalls hat sich in diesen Jahren niemand um mich gekümmert.

Nachdem mehrere Gnadengesuche erfolglos geblieben waren, erfuhr ich, daß ich am Sonnabend, dem 10. 5. 1969, entlassen werde. Schon während meiner Haftzeit habe ich häufig an die vielen Probleme gedacht, die nach meiner Entlassung zu bewältigen standen: Wo könnte ich wohnen und arbeiten? Plötzlich, da sie ganz aktuell geworden waren, war ich vollkommen ratlos.

Der Anstaltsfürsorger konnte mir kein Zimmer besorgen, er gab mir lediglich die Adresse einer Pension, in der ich für 7,50 DM wohnen könnte. Sein Angebot, in der Zeitung Adressen zu suchen und dann von der Anstalt aus anzurufen, war wohl mehr als Witz aufzufassen. Auch der ev. Fürsorger konnte oder wollte mir bei Lösung der Unterkunftsfrage nicht helfen.

Nach der langen Haftzeit hatte ich auch keine brauchbare Kleidung mehr. So mußte ich in der anstaltseigenen Kleiderkammer die notwendigsten Sachen kaufen. Dafür wurden mir 79,-- DM von meiner Rücklage abgezogen. Für einen Koffer mußte ich nochmals 20,-- DM bezahlen, da ich nicht mit einem Pappkarton die ersten Wege erledigen wollte.

Glücklicherweise begegnete mir am Tag vor meiner Entlassung der kath. Fürsorger, Herr B. Ihm erklärte ich meine Probleme. Er war sehr freundlich und auch bereit, mir zu helfen.

Am Entlassungstag gab es an der Pforte von Tegel die nächste Schwierigkeit. Da ich selber noch nicht wußte, wo ich wohnen würde, war natürlich auf dem Entlassungsschein ein Wohnsitz nicht vermerkt. Man sagte mir, ich würde

nur herausgelassen, wenn ich angeben könnte, wohin ich gehen und wo ich wohnen würde. Ich würde solange dabehalten, bis mir eine Adresse einfiel. Ich dachte, dies sei ein Scherz, aber es war leider bitterer Ernst. So ließ ich die Adresse meiner Eltern in Düsseldorf auf dem Entlassungsschein eintragen, obwohl ich keine Verbindung mehr mit ihnen hatte. Mit diesem Entlassungsschein und 169,30 DM wurde ich in die "Freiheit" entlassen. Ich suchte Herrn B. in seinem Büro auf, und er besorgte mir auch ein Zimmer, für das ich 80,-- DM sogleich bezahlen mußte. Herr B. gab mir noch ein Startkapital von 100,-- DM. Erst am Montag konnte ich das Arbeitsamt aufsuchen, nachdem ich mir auf dem Bezirksamt eine Lohnsteuerkarte besorgt hatte. Vom Arbeitsamt wurde mir eine Arbeitsstelle nachgewiesen. Ich arbeite dort noch heute.

Bis zu meiner ersten Lohnzahlung erhielt ich vom Sozialamt für sieben Tage 33,60 DM. Im unihelp-Zentrum erhielt ich auch 50,-- DM, denn das Geld war überhaupt eines meiner Hauptprobleme in diesen Tagen. Es rann mir für die notwendigsten Anschaffungen nur so durch die Finger; ich hatte ja weder Unterwäsche noch Hemden noch Strümpfe zum Wechseln.

Am Freitag bekam ich vom Gefangenenfürsorgeverein einige Kleidungsstücke und vom Arbeitsamt zwei Gutscheine für einen Arbeitsanzug und für ein Paar Schuhe.

Inzwischen bin ich zwei Monate in der Freiheit. In dieser Zeit bekam ich auch einen Personalausweis; eine Versicherungskarte habe ich immer noch nicht.

Ohne die oben erwähnte Hilfe wäre ich wahrscheinlich schon wieder da gelandet, wo ich am 9. 5. 1969 in die "goldene Freiheit" entlassen wurde. Dann hätte ich auch die Anstaltsfürsorger in Tegel wieder begrüßen können, die so gewissenhaft meine Entlassung vorbereitet hatten.

Unter den Mitgliedern des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, die sich mit der Straffälligenhilfe befassen, nimmt die UNIHELP, respektive die UNIVERSAL-Stiftung, eine besondere Stellung ein.

Schon im Frühjahr 1957 hatte Helmut Ziegner einige ihm gehörende und von ihm zur Resozialisierung von Strafgefangenen errichtete Werkstätten in die 'UNIVERSAL-Stiftung' überführt. Ihr Zweck ist es, die Vorurteile gegen Vorbestrafte in der Öffentlichkeit abzubauen, die Sicherung der Eingliederung von Straftlassenen in die Allgemeinheit, Vermittlung von Unterbringungs- und Arbeitsmöglichkeiten.

Hauptanliegen der UNIVERSAL-Stiftung ist es, mit Hilfe von Wirtschaftsbetrieben Möglichkeiten für den Häftling zu schaffen, sich beruflich weiterzubilden, um nach der Strafverbüßung einen festen Arbeitsplatz zu finden.

So wurden zu diesem Zweck unter anderem in der Strafanstalt Tegel drei Anlernwerkstätten für produktive Arbeiten und ein Kunststoffwerk für entlassene Strafgefangene eingerichtet, das als Zulieferer für die Großindustrie arbeitet.

Weitere 20 Anlern- und Beschäftigungswerkstätten sowie Werkstätten für berufsfördernde theoretische und praktische Ausbildungsmaßnahmen befinden sich in der Jugendstrafanstalt Plötzensee, in der Untersuchungshaftanstalt Moabit, im Jugendhof Schlachtensee, im evangelischen Johannisstift, im 'Grünen Haus' und im Mädchenheim Eichenhof. -

Es erwies sich bald, daß die UNIVERSAL-Stiftung in der damaligen Konzeption nicht ausreichend war, um über manuelle Fähigkeiten hinaus auch ein umfassendes Bildungsprogramm für die Inhaftierten aufzubauen, die Öffentlichkeit mit den reformbedürftigen Gegebenheiten des Strafvollzugs vertraut zu machen und den Häftlingen echte Chancen für ihre Sozialisierung zu schaffen.

So gründete Helmut Ziegner, praktisch im Alleingang, 1966 den e. V. UNIHELP, dem heute circa 300 Mitglieder und Förderer angehören. Die finanzielle Grundlage bilden die Mitgliedsbeiträge, Spenden und Lottogelder, neuerdings auch ein Zuschuß des Senats, sowie als wesentliche Hilfe Bußgelder, welche die Gerichte verhängt haben.

Um die Strafanstalten zu 'entdämonisieren', holte die UNIHELP in den letzten zwei Jahren über 350 prominente Persönlichkeiten nach Tegel: Minister, Bürgermeister, Senatoren, Richter, Journalisten, Schauspieler, Sportler und viele andere. Mehr als 2000 Einzelveranstaltungen fügten sich zu einem umfassenden Bildungsprogramm; von Volkshochschul-Kursen über Fachvorträge bis zur Arbeit in kleinen, individuellen Vollzugsgruppen.

Seit Juni 1969 stellt UNIHELP zudem dem Sozialdienst von Tegel einen Fonds für die Entlassenenhilfe zur Verfügung. Ein Jugendwohnheim wurde errichtet und ein von zuständigen Ärzten überwacht Theraphieprogramm für Alkoholranke in der Neheimerstraße wird von UNIHELP betreut und versorgt. Die freiwilligen Helfer der Vereinigung leisten unentgeltlich als Dozenten, Gruppenleiter, Kontaktmänner und Vollzugshelfer gute und nützliche Dienste.

Die Initiativen von UNIHHELP sind damit nicht erschöpft. Auf Wunsch des Bundesjustizministers, der vor kurzem das neuerrichtete Begegnungszentrum in der Bundesallee besuchte, wird UNIHHELP auch in den westdeutschen Bundesländern im Sinne ihres Gründers zum Wohle inhaftierter Menschen tätig werden.

Beitrag zum Thema Schutzhelfer

Ich fühle mich nicht als offizieller Schutzhelfer, und doch glaube ich, eine Art Helfer im Vollzug allein schon dadurch geworden zu sein, daß meine freiwillige Arbeit im Programm der "Unihelp" im Laufe der Jahre eine Vertrauensbasis geschaffen hat, die zur Grundlage guter "Kontakte" bei all meinen Besuchen in der Strafanstalt Tegel geworden ist. Es ist ein Vertrauen, daß mir sowohl von der Anstaltsleitung und ihren Vollzugsbeamten als auch von den Häftlingen meiner Hörergruppe entgegengebracht wird. Eine Situation, die ich froh und dankbar erkenne, zumal ich selber mit Vertrauen kam.

Unebenheiten, die es überall und immer geben wird, lassen sich zumeist durch Geduld und sachliche Beispiele ausgleichen. Hat man etwas zu bieten, kann man gelegentlich auch eine Forderung stellen. Ob man was zu bieten hat, entscheiden die anderen.

Aus meiner bisherigen Erfahrung, die nach etwas über drei Jahren noch sehr klein ist, möchte ich die Begegnungen und Gespräche als besonders klärend, helfend und aufbauend bezeichnen, die sich dort ergaben, wo der Häftling sein derzeitiges, zwangsläufig erworbenes "zu Hause" hat, - also in seiner Zelle! Der Helfende kann dort mehr und besseren Einblick gewinnen als in neutralen Räumen, da der Betreute aufgeschlossener sprechen und reagieren wird. Gespräche in freier Natur (nicht Gefängnishof) würden zweifellos auch sehr gut sein, sind aber nicht gegeben; ihre Wirkung bleibt daher ausgeschlossen. Zusammentreffen in neutralen Sprechräumen werden zumeist nur Behelf bleiben und können von mir nur als Anordnung der Anstaltsleitung respektiert werden, - wünschenswert sind sie für mich und meine Aufgabe nicht.

Es ist auch zu bedenken, daß nur der Vermittelnder oder gar Lehrender sein kann, der selbst bereit ist zu lernen und an sich zu arbeiten; wobei das Lebensalter keine Grenze stellt. Das gibt dem zu Helfenden Mut und schafft Bereitschaft. Spürt der Gefangene, daß sein Betreuer bemüht ist, sich in seine Lage zu versetzen und sich nicht über ihn erhebt, dürfte die Basis für das eingangs erwähnte Vertrauen gefestigt sein, und wo könnte sich der Helfer besser in die Lage des anderen zu versetzen suchen als in dessen Zelle?

Sollte schließlich diese Zelle der Abgesondertheit eines Tages zur Zelle einer verwandelten Lebensauffassung werden, dann kann sie ihren bitteren Beigeschmack verlieren und als andere Zelle zum lebenden Baustein eines besseren "Organismus" werden.

Der nächste Schritt in dieser Richtung ist dann, in der Freiheit die Bereitschaft zur Praxis werden zu lassen. Die Zahl derer, die dazu bereit sind, lohnt die versuchte Hilfe.

Dietrich Fraubes

DER VOLLZUGSHELPER

Aufgabe und Arbeit

Nachdem sich alle möglichen Stellen mit dem Begriff "Vollzugshelfer" auseinandergesetzt haben und zu manchmal recht unterschiedlichen Beurteilungen gekommen sind, erscheint es mir wichtig und an der Zeit, die Meinung vieler Insassen und meine persönliche zu diesem Thema zum Ausdruck zu bringen.

Was ist ein Vollzugshelfer und welche Voraussetzungen sollte er für seine bestimmt nicht leichte Aufgabe 'mitbringen'?

Diese Frage erscheint insofern berechtigt, da man sich auch seitens einiger Vollzugshelfer hin und wieder nicht ganz klar über den wirklichen Aufgabenbereich zu sein scheint. Es ist keinem der Inhaftierten damit geholfen, wenn er von sogenannten "Verkündungsjüngern" mit irgendwelchen Phrasen berieselt wird. Denn man sollte bei allen guten Ratschlägen, in welche Richtung sie auch immer zielen, berücksichtigen, daß die Leute hier in der für sie oft nur sehr schwer zu ertragenden Atmosphäre gerade solchen Berieselungen gegenüber äußerst empfänglich sind, sie nicht verarbeiten können und nach derartigen Einzelgesprächen noch unruhiger und nervöser als vorher sind.

Es genügt meiner Meinung nach auch nicht, wenn jemand diese Aufgabe aus reinen Interessengründen übernimmt. Auf jeden Fall sollte er sich mit dem Komplex Strafvollzug vertraut machen. Einfach schon deshalb, weil die auftretenden Fragen bei einer wirklich sachlichen und fruchtbaren Arbeit von so vielschichtiger Natur sind, daß eine Vorbereitung auch des Vollzugshelfers unumgänglich ist, der vor allen Dingen als zunächst Außenstehender gar nicht beurteilen kann, wieweit ein diffiziles Terrain er mit der Aufnahme seiner Tätigkeit betritt. Denken wir dabei an die Anzahl der verschiedenen Tätergruppen, denken wir in

diesem Zusammenhang aber auch daran, wie schwer, wenn nicht gar unmöglich es ist, sich in die Situation eines Menschen hineinzuversetzen, der jahrelang dieser Atmosphäre ausgesetzt war und noch Jahre vor sich sieht, dem man Sicherungsverwahrung "verpaßt" hat und der nicht weiß, ob er die "goldene Freiheit" überhaupt noch einmal wiedersehen wird.

Auf der anderen Seite ist von einigen Vollzugshelfern der Verdacht ausgesprochen worden, daß sie offensichtlich und ursprünglich dazu vorgesehen waren, so etwas Ähnliches wie eine Entlastung für den Beamtenkörper darzustellen, damit besonders unruhige Gefangene bei ihnen "Dampf ablassen" können. Sollte der Vollzug mit all seinen Institutionen die wertvolle und hilfreiche Unterstützung der Insassen durch diese Leute nur unter diesem einen Gesichtspunkt sehen, dann erscheint mir auch eine aufklärende Arbeit bei und in diesen Stellen dringend geboten. Es ist richtig, was in einer Diskussion zwischen Helmut Ziegner, Vertretern der Anstaltsleitung und des LICHTBLICKS zum Ausdruck gebracht wurde, daß der Vollzugshelfer bei Fragen fürsorglicher und sonstiger Betreuung seines Schützlings mit möglichst vielen Stellen der jeweiligen Anstalt zusammenarbeiten und zu solchen Gesprächen herangezogen werden soll. Es ist aber falsch anzunehmen oder zu erwarten, daß dies das A und O der Vollzugshelferarbeit sei. Welche Erwartungen und welche Vorstellungen hat nun derjenige, der von einem Vollzugshelfer betreut wird?

In erster Linie erwartet er natürlich Hilfe. Hilfe nicht dergestalt - obwohl dies oft behauptet wird und krasse Ausnahmefälle als pauschale Beurteilung aller gern als Beispiele herangezogen werden -, daß ihm ein Radio, eine Schachtel Zigaretten oder ein

Stück Kuchen mitgebracht wird. Ein Insasse hat dies einmal sehr treffend charakterisiert: "Die Arbeit und Aufgabe eines Vollzugshelfers sollte sich nicht nur in der Überreichung einer Apfelsine erschöpfen." Außerdem liegt in dieser Pauschalbeurteilung auch eine diskriminierende und abwertende Haltung gegenüber dem Inhaftierten vor.

Die Spanne der echten Erwartungen und Anliegen der überwiegenden Zahl der Insassen reicht von der Möglichkeit der persönlichen Aussprache und Diskussion verschiedener Themen über die Hilfe der Kontaktaufnahme zur Außenwelt und Intensivierung bestehender bzw. durch die Trennung in Frage gestellter Familienbände bis hin zur Anleitung und Vorbereitung einer bevorstehenden Entlassung zum Aufbau eines neuen Lebens und der damit verbundenen Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Sollen diese Dinge, die in ihrer Struktur und in ihrem Inhalt so ungeheuer wichtig und doch so umfangreich sein sollten und müßten, für alle Beteiligten zu positiven Ergebnissen führen, erscheint die Ansicht und Vorstellung einzelner Vollzugshelfer und Vollzugsstellen als völlig unreal, mehr als einen Gefangenen betreuen zu wollen oder zu lassen. Denn nur durch die intensive Einzelbetreuung, die Herstellung eines notwendigen Vertrauensverhältnisses zwischen dem Helfer und dem Hilfesuchenden und die tatsächliche Überzeugung und Bereitschaft, Hilfe zu geben und zu empfangen, wird und kann diese Arbeit zum Erfolg gereichen. Bedenkt man weiterhin, daß durch die verschiedene Problematik der einzelnen durchaus nicht jeder für jeden geeignet ist und es in Fällen, wo ein Fünfzigjähriger von einem Zwanzig- bis Dreißigjährigen betreut werden soll, kein positives Ergebnis der Arbeit zu erwarten ist, ergibt sich die Forderung aller interessierten Kreise, daß der gesamte Vollzugshelferkomplex drinnen wie draußen besser als bisher koordiniert werden muß.

Klären und überlegen sollte man sich außerdem einmal, ob es im Sinne aller Beteiligten und unter

Berücksichtigung der Tatsache, daß bei dem oft vorhandenen Willen der Entlassenen, nicht wieder straffällig zu werden, vielleicht vorteilhaft wäre, wenn man in Zusammenarbeit mit den Vollzugshelfern und der Bereitschaft ehemaliger Strafgefangener sogenannte Entlassungsgruppen einrichtet, die das manchmal vorhandene Gefühl der Vereinsamung abbauen helfen und den Betroffenen davon abhalten, sich wieder in den Kreisen zu bewegen, die ihn unter Umständen wieder dahin bringen, wo er herkommt und nicht wieder hin will.

Schließen möchte ich mit den Worten eines Teilnehmers der bereits schon oben erwähnten Diskussion: "Es muß erreicht und genügend Menschen gefunden werden, es müssen die Möglichkeiten aufgezeigt und erschöpft werden, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit eine Situation besteht, daß alle diejenigen, die in Tegel einsitzen und besonders die, die überhaupt niemanden haben, der sie besucht, von einem für sie geeigneten Vollzugshelfer unterstützt, gefördert und betreut werden."

J. W.

Einleuchtende Erklärung

Ein Mensch, der sich sehr schlecht
benahm,
Spürt zwar in tiefster Seele Scham.
Jedoch, sofern er kein Gerechter,
Benimmt er fortan sich noch
schlechter,
Weil du für seine falsche List
Ein, wenn auch stummer, Vorwurf
bist.
Dies ist der Grundsatz, dem er
huldigt:
"Es klagt sich an, wer sich
entschuldigt!"
Auch ist ihm dieser Wahlspruch
lieb:
"Die beste Abwehr ist der Hieb!"
Und, da er dich einmal beleidigt,
Bleibt ihm nur, daß er sich
verteidigt,
Indem er, sich in dir betrachtend,
In dir sein Spiegelbild verachtend,
Dasselbe zielbewußt verrucht
Endgültig zu zertrümmern sucht.

Eugen Roth

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen DGG-Geschäftsführer

In der Frankfurter Zentrale herrscht das Chaos

Als im August des vergangenen Jahres sich in Frankfurt/Main die Deutsche Gefangenen Gewerkschaft e. V. konstituierte, wurde diese Gründung von vielen Häftlingen als eine im Kern gute Sache betrachtet. Es wurde dabei nicht berücksichtigt, daß ein Zusammenschluß von inhaftierten und entlassenen Häftlingen auf gewerkschaftlicher Basis schon deshalb eine Utopie war, weil sie zwei grundlegende Rechte, wie sie einer Gewerkschaft sonst zustehen, nicht ausüben konnte: das Recht, als Tarifpartner aufzutreten, und das im Grundgesetz verankerte Recht des Streiks. Auch waren die meisten der Meinung, daß ein einsitzender Gefangener, der ja nur eine geringe Belohnung erhält, nicht noch mit Beiträgen und Zeitungsbezugsgebühren belastet werden soll. Die notwendigen Mittel hätten auf anderen Wegen - wie zum Beispiel bei unihelp - draußen aufgebracht werden müssen. Dann wäre auch nicht der Zustand aufgetreten, daß die jetzt etwa 3000 Mitglieder sich als die Geschädigten betrachten können; denn eine Revision in der Geschäftsführung ergab, daß der wegen Wirtschaftsvergehens vorbestrafte "Verleger" Alfons Bitterwolf zumindest sehr zweifelhaftes Geschäft im Namen der Gewerkschaft durchgeführt hatte.

Die in der Illustrierten "Blitz" angekündigten sozialen Leistungen erwiesen sich als reiner Bluff. Die Social-Credit-Bankerzielte nach den Recherchen des Freiburger Pfarrers Dr. Hans Kühler, der Mitglied der Strafvollzugskommission ist, "die Wirkung eines Fantasiegebildes".

Das vorbereitete Vertragswerk über den Ankauf von 150 Personenwagen, die an entlassene Gefangene verbilligt abgegeben werden sollten, war ein Hirngespinnst. In letzter Sekunde gelang es dem Vorstand der DGG noch, sich aus diesem Geschäft zurückzuziehen. Das Top-Projekt für ein sogenanntes Wiedereingliederungszentrum, das mit einem Kostenaufwand von

10 Mill. DM errichtet werden sollte, fand überhaupt keine finanzielle Basis. Die Gewerkschafts-Illustrierte "Blitz", von Bitterwolf mit linker Hand gemacht, erwies sich als reine Geldschneiderei. Die Illustrierte enthielt neben Aufsätzchen ihres Herausgebers Bitterwolf mehrere Kreuzworträtsel und Witze und sogenannte Gefangenenberichte. Die versprochene Aufklärung der Bevölkerung war mit einem solchen Presseorgan nicht durchzuführen.

Auch konnte sich der Vorstand der DGG den in den Satzungen niedergelegten Aufgaben, Beratung der Mitglieder durch Vertragsanwälte, Arbeitsvermittlung für Entlassene, Überwachung der Arbeitsplätze von Strafgefangenen und finanzielle Entlassenenhilfe, nicht widmen, da sie zum Teil ungesetzlich waren.

Wie wir erfuhren, erhielten entlassene Berliner Gefangene, die sich hilfeschend an die DGG wandten, nur eine lächerlich geringe Beihilfe, die noch nicht einmal die Fahrtkosten nach Frankfurt auch nur zum Teil decken konnte. Dagegen wurde ein Monatsgehalt von 2 500 DM an den jungen Anwalt Rolf Wittekind als 1. Vorsitzenden ausgeworfen. Die jetzige totale Kassenebbe geht zu Kosten gutgläubiger Gefangener, denen langsam die Erkenntnis aufdämmert, daß sie geprellt einer Fata Morgana nachgelaufen sind.

Nachahmenswert!

Sir Arthur James, im Jahre 1964 Ankläger in dem Prozeß gegen die britischen Posträuber, jetzt Richter, hat im Zuchthaus von Parkhurst auf der Insel Wight jene Mitglieder der Bande besucht, die zu dreißig Jahren Haft verurteilt worden sind. Er werde versuchen, etwas für sie zu tun, sagte er ihnen. Man nimmt an, daß Sir Arthur zu gegebener Zeit eine Begnadigung der Verurteilten schon nach zehnjähriger Haft anregen wird. Er ist Mitglied eines Ausschusses, der ein solches Vorschlagsrecht hat.

Kunstausübung

Im Juniheft dieser Zeitung schrieb Matthias Koeppel über Gedanken und Erfahrungen bei seinen Mal- und Zeichenkursen in Tegel. Aufgefordert, das gleiche zu tun, könnte ich mich damit begnügen, das dort Geschriebene zu bestätigen. Vielleicht aber könnte ich auch dies und jenes hinzufügen oder anders betonen, und so sei dasselbe Thema also nochmals aufgegriffen.

Malen und Zeichnen ist zwecklos. Man könnte leben, ohne je ein Bild gemalt oder eins gesehen zu haben. Und doch hat der Mensch früh angefangen, etwas abzubilden, und immer wieder fühlt er sich hingezogen, äußerlich oder innerlich Geschautes auch für andere sichtbar zu machen, so wie er es selbst gesehen und erlebt hat. Von den ersten, unbeholfenen Anfängen bis zu täuschend ähnlichen Abbildungen der Natur war ein weiter Weg, und jede Zeit sah auf eine andere Weise; und dann kam die Photographie, die die mühevollen Arbeit der Naturwiedergabe einfach überspielte, so daß seit Ausgang des neunzehnten Jahrhunderts unter anderem auch von dort her die Maler, nach neuen Zielen suchend, zu immer neuen Kunstrichtungen fanden.

In der Fülle und Verwirrung sind die Laienmaler zumeist bei einer etwa impressionistischen Malweise stehengeblieben, und man freut sich, wenn der Gegenstand auf der Zeichenfläche einigermaßen erkennbar geraten ist.

Dieses Bemühen soll man anerkennen, aber man kann es durch gewisse Einsichten vielleicht doch fruchtbarer machen.

Man kann sich die Wirkung eines Bildes unter anderem von dreierlei abhängig denken:

Einmal vom technischen Können, von der Zeichen- und Malkunst, die man wie ein Handwerk erlernen kann. Die großen Meister beherrschten sie oft souverän, andere haben mehr oder weniger Mühe damit.

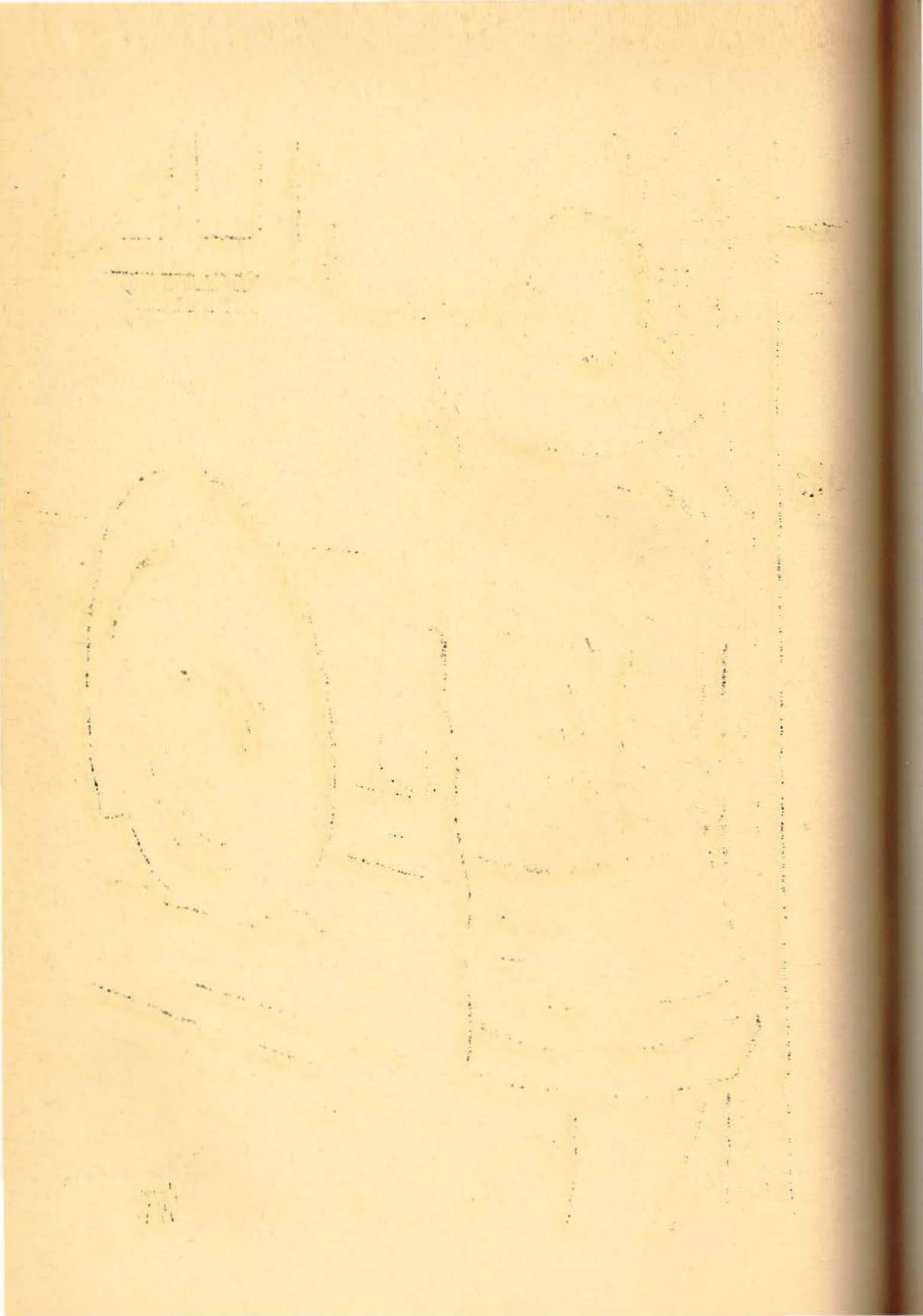
Dann hängt die Wirkung ab von der Art, wie die Dinge, Flächen, Linien einander zugeordnet sind, also von der Komposition, vom Gesetz der Bildfläche, das in Grenzen erlernbar ist.

Schließlich - und das dürfte wohl das Wichtigste sein - hängt die Wirkung des Bildes von seinem Gehalt an Phantasie, vom Reichtum seiner Einfälle, seiner Abstraktion, seiner Verdichtung, kurzum von der eigentlichen, schöpferischen Kraft ab, die Punkt eins und zwei ja nur als Mittel zur Darstellung des Gesehenen benutzt.

Viele werten ein Bild nur nach der Genauigkeit, mit der ein Gegenstand wiedergegeben ist. Das ist ein bißchen wenig. Gewiß, wer seine Mittel beherrscht - in Kunst steckt auch das Können - kann aus der Fülle schaffen, kann auch mit dem schwierigen Stoff schaffen: ein Gruppenbild ist schwerer zu malen als eine Blumenvase; aber der Inhalt bestimmt den Wert des Bildes vielleicht erst an zweiter Stelle. Es muß die Phantasie dazukommen. Sie ist das Unerklärbare, Überraschende. Man erlernt es nicht, man hat es oder nicht.

Und das ist das Tröstliche für die vielen Bemühten, für die, die nicht Virtuosen sind wie Dürer, Menzel oder Picasso. Wenn man Phantasie hat, kann man schon mit wenig Technik Erfreuliches machen, vor allem in unserer Zeit, die doch so viele neue Bildvorstellungen geprägt hat und auch den Wert der Sonntagsmalerei, der naiven und der Kindermalerei wiederentdeckt hat. Es liegt also auf der Hand, daß wir uns in unseren Kursen diese Einsichten zunutze machen. Sie fördern das Selbstvertrauen, steigern die Leistung und damit die Freude an der Arbeit mit Zeichenstift und Farbkasten, und es ist sicher keine Phrase, wenn ich sage, daß gerade in diesem zweckfreien Spiel sich der Mensch erhebt und sich oft, zweitweilig wenigstens, von dem befreit, was ihn quält.





DIE GERECHTE ENTLOHNUNG FÜR STRAFGEFANGENE

Soll der deutsche Strafvollzug von Grund auf reformiert werden, dann muß die Häftlingsarbeit in den Strafanstalten völlig umstrukturiert werden. Schon seit Jahren haben einsichtige Politiker, Juristen und Soziologen erkannt, daß der Strafgefangene nicht mit ein paar Pfennigen Belohnung abgespeist werden darf, sondern daß ihm das Recht auf volle Entlohnung und die damit verbundene Sozialversicherung gewährt werden muß.

Wenn selbst der Bundesarbeitsminister Katzer in einem Schreiben an den nordrhein-westfälischen Justizminister fordert, daß Strafgefangene so beschäftigt und entlohnt werden sollten, daß ihnen wenigstens das Einkommen eines Hilfsarbeiters garantiert wird, so zeigt es, daß selbst verantwortliche Politiker einsehen, daß die Gefangenenarbeit in der Bundesrepublik entgegen internationalen Konventionen immer noch als "Zwangsarbeit" geregelt ist.

Ein normales Arbeitsverhältnis

An ihre Stelle sollte ein normales Arbeitsverhältnis mit Anspruch auf Lohn oder Gehalt treten, schrieb Katzer, womit zwangsläufig auch der Sozialversicherungsschutz gegeben sei. Die Einbuße an sozialer Sicherheit stehe dem Ziel der Resozialisierung entgegen. Auch der von den Ländern eingesetzte Ausschuß für die Reform des Strafvollzugs beschreitet zögernd diesen Weg, wenn er eine Pauschalentlohnung von monatlich 250 DM für die Gefangenenarbeit in Strafanstalten in Aussicht stellt.

Sollte letzterer Vorschlag verwirklicht werden, so kann unserer Ansicht nach noch immer nicht von einem gerechten Arbeitslohn für den Strafgefangenen gesprochen werden. Abgesehen davon, daß die derzeitige Arbeitsbelohnung sozialpädagogisch verfehlt ist, weil

sie dem Gefangenen eine Wiedergutmachung des angerichteten Schadens und die Regelung seiner Verpflichtungen gegenüber der Familie und der Allgemeinheit unmöglich macht, züchtet sie in dem Betroffenen ein Minderwertigkeitsgefühl. Es ist eine Binsenwahrheit, daß es sich bei vielen Strafgefangenen um Menschen mit erheblichen sozialen Anpassungsschwierigkeiten handelt, die als Grundlage einer Erziehung zur Freiheit zunächst einer Erziehung zur Selbständigkeit und Verantwortung bedürfen. Die bisher angewandten Zwangsmittel haben sich durchweg als ungeeignet erwiesen. Dagegen würde ein normaler Arbeitslohn, der sich der tariflichen Regelung angleicht, dem Gefangenen eine Aufwertung seines 'Ichs' und seiner Würde geben.

Eine Milchmädchenrechnung

Wenn dagegen immer wieder betont wird, daß die Kosten für einen Strafgefangenen den Ertrag seiner Arbeitsleistungen wesentlich übersteigen, so ist das aus unserer Sicht eine "Milchmädchenrechnung". Sie kann nur aufgehen, wenn man unlogischerweise nicht nur die Lebenshaltungskosten des Gefangenen berechnet, sondern auch die aufgewandten Mittel für Baulichkeiten, Inventar und Bewachung mit einbezieht. Für letztere Kosten müßte aber die Allgemeinheit genauso aufkommen wie für die Polizei, die Kasernen und Heilanstalten, die ja auch unter den Begriff des Schutzes der Allgemeinheit fallen. Die hohen Kosten, welche dem Etat der Justizministerien der Länder aufgebürdet werden, könnten sofort abgebaut werden, wenn sie auf die eigentlich zuständigen Verwaltungsdienststellen verteilt würden. Ein voll entlohnter Strafgefangener müßte selbstverständlich in die staatliche Invaliden- und Krankenversicherung eingegliedert werden. Die sozialen Aufwendungen für seine Familienangehörigen könnten

lann zum Teil von ihm selbst aufgebracht werden, wodurch der Wohlfahrtsfiskus wesentlich entlastet würde. Von einer Lohnsteuerpflicht des Gefangenen könnte vermutlich abgesehen werden. Ein Verzicht auf die Steuer würde einen Teil der Differenz zwischen dem Lohn eines freien Arbeiters und dem Gefangenenarbeitslohn ausgleichen.

Lohnegalisierung

Wie wir hören, ist beabsichtigt, in Berlin eine Egalisierung des Häftlingseinkommens zu schaffen. Dagegen sind stärkste Bedenken vorzubringen. Einem Arbeiter für gute Arbeit und Fleiß dieselbe Entlohnung wie einem anderen für Pfuscharbeit und Trägheit zu geben, ist schon aus erzieherischen Gründen unmöglich.

Wenn der Strafgefangene in unserem sozialen Rechtsstaat als Faktor eingeplant werden soll, dann müssen ihm auch die sozialen Sicherheiten garantiert werden. Das hat nach vielem Experimentieren, wie wir schon in einem anderen Artikel dargelegt haben, Schweden erkannt, das jetzt dazu übergeht, seine Strafgefangenen tariflich zu entlohnen. Anders als in der Bundesrepublik setzen sich in diesem nordischen Land die Gewerkschaften für normale Arbeitsbedingungen der Inhaftierten ein. Es wäre eine echte Aufgabe, auch in Deutschland die Gewerkschaften für dieses Ziel zu aktivieren. Pläne dazu haben wir entwickelt und erste Versuche der Kontaktaufnahme mit ihnen unternommen.

Aufklärung der Öffentlichkeit

Schwieriger wird es sein, die breite Öffentlichkeit, wir meinen die Masse der Steuerzahler, von der Notwendigkeit einer Entlohnungsreform im Gefängniswesen zu überzeugen. Da wir meinen, daß viele ihre Vorurteile aus dem Nichtwissen schöpfen, wollen wir die heutige Situation noch einmal kurz und eindringlich schildern.

Der Strafgefangene in der Bundesrepublik hat keinen Anspruch auf eine Entlohnung und auch keinen Rechtsanspruch auf eine ihm zugebilligte Belohnung, die nur einem kargen Taschengeld gleicht.

Ein Tagessatz zwischen 60 Pfennigen und 1 Mark ist die Regel, wozu noch nach Gutdünken kleine Prämien geschlagen werden. Die Hälfte dieses "Einkommens" wird zwangsweise in Form einer Rücklage für die spätere Entlassung festgehalten; die andere Hälfte bildet das sogenannte Hausgeld, von dem die persönlichen Bedürfnisse des Inhaftierten gedeckt werden können. Es beträgt im Durchschnitt 20 bis 25 DM im Monat.

Übergangslösung

Als eine Übergangslösung wäre die Regelung zu betrachten, dem Häftling vorerst den Lohn eines freien Hilfsarbeiters mit dem üblichen Versicherungsschutz zu garantieren. Dem Gefangenen würden dadurch zunächst Rechte eingeräumt, die ihn sozial besser stellten. Inzwischen können auch die Fachleute des Vollzugs die verwaltungsmäßigen Voraussetzungen für eine stufenweise Angleichung der Löhne der arbeitenden Gefangenen an die in der freien Wirtschaft gezahlten schaffen. Aber nur wenn die Arbeitsbetriebe in den Haftanstalten so umstruktuiert werden, daß sie in der freien Wirtschaft konkurrenzfähig sind, das heißt, vom kameralistischen Denken wegkommen und zu einer kaufmännischen Geschäftsführung übergehen, kann dem Gefangenen der gesetzliche Tariflohn gezahlt werden. In Berlin liegen entsprechende Pläne, wie zum Beispiel der geplante Industriehof in Spandau und die Übernahme der Arbeitsbetriebe in eigene Regie, vor. Darüber aber werden bis zur Verwirklichung noch einige Jahre ins Land gehen. Aber die von uns oben geschilderte Zwischenlösung, von der üblichen Belohnung zur Entlohnung eines Hilfsarbeiters überzugehen, könnte die unerträgliche Misere der Gefangenenarbeit bereits jetzt soweit mildern, daß die größten Härten und Nachteile zum Wohle der bisher ausgebeuteten Gefangenen behoben werden könnten.

kl./J.W.

PSYCHOLOGEN

Wege und Möglichkeiten der Praxis

Einer Einladung des LICHTBLICKS und der KONTAKT-Arbeitsgemeinschaft folgend, fanden am 27. Juni und 17. Juli dieses Jahres zwei äußerst interessante Diskussionen statt, an denen teilnahmen: der Leiter des Psychologischen Instituts der Freien Universität Berlin, Herr Prof. Dr. Holzkamp, die Diplom-Psychologen Eberhard, Müller und Liermann, ein Vollzugshelfer, Vertreter des Beamtenkörpers dieser Anstalt und die Mitglieder der oben angegebenen Gruppen.

Das zunächst auffallendste und kennzeichnendste Merkmal dieser Diskussionen waren die Bekenntnisse unserer Gäste - und wir hörten solche Töne eigentlich zum ersten Mal -, daß profilierte Persönlichkeiten den Mut hatten zuzugeben, daß "wir wissen, nichts zu wissen", daß die bisher gesammelten Erfahrungen und die daraus abzuleitenden Erkenntnisse auf dem Gebiete der Psychologie erst in den Anfängen stehen.

Die Forderungen und Vorschläge, endlich diese Wissenschaftler in den Vollzug zu integrieren, sind zwar verständlich, obwohl auf der anderen Seite noch keine konkreten Vorstellungen existieren, wie und wann dies geschehen soll; man müsse sich aber, so meinten die Gäste, davor hüten, zu hohe Erwartungen an den Psychologen zu stellen; denn damit sei keinem und keiner Seite geholfen.

Er kann beim heutigen Stand der Wissenschaft weder Rezepte zur Lösung anstehender Probleme verteilen noch bindende Möglichkeiten aufzeigen, wie in etwa diese Probleme zu lösen sind. Dieser Zustand könnte lediglich dadurch verbessert werden, daß man durch den Zusammenschluß der drei Faktoren: reine Forschung, Forschung in der Praxis und eine Vielzahl von Experimenten neue und grundlegende Ergebnisse erarbeitet.

Das bedeutet erst einmal Verlegung geeigneter Institute in den Vollzug, weil nur die Forschung am Objekt in seiner gegenwärtigen Umgebung zu sachlichen Ergebnissen führen kann.

Das beinhaltet wiederum, daß man seitens der Vollzugsbehörde solche Arbeitsmöglichkeiten schafft. Das bedeutet aber auch, daß noch vorhandene und konservative Denkschemen umfunktioniert werden müssen, damit bei Durchführung der geplanten Experimente das Terrain so vorbereitet ist, daß diese Versuche in Zusammenarbeit aller Beteiligten erstens möglich und zweitens auch konsequent zu Ende geführt werden können.

Auf keinen Fall will und sollte der Psychologe die Stelle eines Beichtvaters einnehmen oder als Allheilmittel zu betrachten sein. Seine Funktion könnte sich heute lediglich dahingehend fruchtbar zum Ausdruck bringen und anwenden lassen, daß er als läuterndes, beratendes, hinweisendes und ausgleichendes Element wirkt und den Lernprozeß aller in Gang setzt.

Denn wir müssen uns darüber klar sein, daß das, was mit dem Menschen

hier im Vollzug praktiziert wird und welchen Einflüssen er in den Strafanstalten ausgesetzt ist, in viel stärkerem Maße, als es vielleicht den Anschein haben mag, für sein späteres Verhalten in der Freiheit und der Gesellschaft gegenüber ausschlaggebend ist.

Wenn wir daran denken, daß noch 1922 Deutschland das führende Land und die Hochburg der sozialen Reformen war, und dem gegenüber die heutige Situation in Rechnung stellt, dann fragt man sich natürlich, warum man heute nicht wenigstens in der Lage ist, auf die in anderen Ländern gemachten Erfahrungen und Ergebnisse zurückzugreifen, um darauf ein modernes Konzept des Vollzugs aufzubauen.

Ein weiterer Punkt der Diskussion befaßte sich mit der teilweisen Anmaßung der Menschen, anderen helfen zu wollen; wobei erstens zu klären wäre, ob sich jemand überhaupt helfen lassen will und zweitens, ob derjenige, der sich berechtigt fühlt, einem anderen Hilfe angedeihen zu lassen, in Wirklichkeit nicht selbst Hilfe erwartet.

Jeder Mensch ergreift seinen Beruf aus ganz bestimmten psychologischen Gründen, die nicht zufällig sind. So wird jemand 'Wächter', weil er im Unterbewußtsein oder in sich selbst 'Böses' zu bewachen hat. Der Sozialarbeiter wird vielleicht gar nicht der Hilfe wegen helfen, sondern weil ihm unter Umständen selbst geholfen werden soll.

In überwiegendem Maße praktiziert man im Vollzug mit dem 'Heilmittel des Wortes', obwohl dies eines der schlechtesten therapeutischen Mittel überhaupt ist. Überlegt man einmal, wer, wie oft und mit welcher Intensität bisher alles auf einen Menschen eingeredet hat, der nun in diesen 'gastlichen Hallen' gelandet ist, müßte man doch endlich begreifen, daß dies alles offensichtlich nicht gefruchtet hat und keine sichere Methode ist, dem Menschen Einsichten und Erkenntnisse zu vermitteln. Auf den Gedanken, einmal etwas anderes zu versuchen, ist man aber wohl noch nicht gekommen.

Deshalb sollten alle, die in den Vollzug gehen, dies unter der Voraussetzung tun, lernen zu wollen und nicht als "Prediger" hier erscheinen, die glauben, alles zu wissen. Sie sollten die Ehrlichkeit besitzen, das 'Lernenwollen' zu bekunden.

Ein ebenso unwahrscheinliches Phänomen ist der Begriff 'Vertrauen'. Vertrauen heißt doch nicht, dem anderen vertrauen, daß er gut ist oder sich ändern will. Vertrauen heißt erkennen lernen, daß er sich so verhält, wie er geartet ist. Wenn zum Beispiel jemand da ist, der bisher zehn Autos gestohlen hat, so bedeutet Vertrauen doch nicht zu glauben, daß er es nicht ein elftes Mal tut, sondern die Forderung, Möglichkeiten zu suchen, ihm zu helfen. Wenn jemand dann von einem Vertrauensmißbrauch spricht, so zeigt das, daß er falsches Vertrauen gehabt hat und den anderen nicht mit dessen Fehlern akzeptieren wollte.

Einmal aufgenommene Kontakte, und das haben umfangreiche Untersuchungen ergeben, führen im Laufe der Zeit zu einer Art der Sympathie, die wiederum für alle gewisse Lebenserleichterungen schafft. Deshalb unser stetiges Bemühen, Kontakte innerhalb der 'Domäne Tegel' und der Außenwelt herzustellen, damit einer den anderen verstehen lernt und dessen Meinungen akzeptiert.

Wichtig bei allen Experimenten und Versuchen, bestehende Unzulänglichkeiten im Vollzug zu ändern, ist es zu berücksichtigen, daß der einzelne oder eine Institution nicht überfordert wird, daß vorher stets nach einer intensiven Absprache ein für die jeweilige Situation geeigneter Versuchsplan aufgestellt wird, daß man sich aber auch darüber klar sein muß, daß auch einmal etwas schief gehen kann, daß man aber auf alle Fälle hinterher mehr als vorher weiß. Und allein diese Erkenntnis und dieses Bewußtsein rechtfertigen schon die Forderung, sich mit vielen Anregungen und Vorschlägen zur Verbesserung des jetzigen Strafvollzuges auseinander zu setzen.

J. W.

EIN JUNGE WIE DU UND ICH

Ein Unruhiger im Käfig der Justiz

Das Gericht sprach ihm schuldig und fällte das Urteil; der Transportwagen, die "Grüne Minna", brachte ihn in die Strafanstalt; dort wurde er registriert, umgekleidet und in ein Verwahrhaus eingewiesen. Dann begann der tägliche Trott des Gefängnisdaseins: Wecken, Morgenreinigung, Frühstück, der Gang zur Arbeitsstelle, "Freistunde", Mittagspause, Arbeit, Einnahme der Abendverpflegung - Einschluß. Zwar verrichtet der Junge nun an seiner Arbeitsstelle die ihm zugewiesene Beschäftigung zur Zufriedenheit der Werkbeamten, zwar findet er losen Kontakt zu einigen Mithäftlingen, zwar wird der Körper beschäftigt, aber sonst fühlt er sich verlassen in seiner vergitterten Zelle wie ein Tier in einem Käfig.

Von Tag zu Tag wird er unruhiger; er läuft, drängt, schreit, entläßt seine innere Angst und Spannung, um die sich hier niemand kümmert, in vielen nutzlosen Exzessen. Seine körperlichen Bewegungen, fahrig, nervös, schützend, sind ein Spiegelbild der Heftigkeiten und Plötzlichkeiten seines Geistes.

Lachen, das höher steigt, als der Anlaß es rechtfertigt, und das auf seinem Gipfel plötzlich platzt und verlischt. Beredsamkeit um des Geräusches willen, nicht um Gedanken und Vorstellungen auszudrücken. Erlahmende Energie, wenn er sich aufrafft, an einem Fortbildungskursus teilzunehmen. In diese Aktion stürzt er sich energiegeladen tollkühn hinein, wie einer, der ins tiefe Wasser springt, damit ihn die Angst vor dem Ertrinken sofort Schwimmen lehre. - Er hört immer und jedem mit kurzem Interesse zu, aber dann wendet er sich ab, weil diese Gespräche ihn fürchterlich gleichgültig lassen. Immer häufiger zeigt er völliges Unverständnis für die Probleme seiner Gesprächspartner, seien es nun Mit-

häftlinge, Pfarrer, Fürsorger oder Beamte. Alles, was außerhalb des eigenen Ichs liegt, interessiert und bewegt ihn nicht.

Es ist aber erschreckend, wenn er dann in sich nur eine große, unausgefüllte Leere entdeckt, die er nun panikartig, mit einer gierigen, nicht zu bändigenden Unruhe zu füllen versucht. Er will sich betäuben, sich selbst und seinen ungelösten Problemen entziehen. Sein Übermut ist aber verhehlte Mutlosigkeit. Er poltert und lärmt, um nicht denken zu müssen, denn er fürchtet sich vor nichts mehr als vor dem eigenen Denken, den eigenen Gedanken. Noch ist er nicht so abgestumpft, noch hat ihn der schändliche Leichtsinns der Gesellschaft nicht restlos für das Leben gezeichnet und unbrauchbar gemacht. Noch könnte ihm geholfen werden, aber wie sollte das unter den jetzigen Umständen geschehen?

Dieser Junge ist doch nicht wertlos. So oberflächlich er auch scheint, seine Probleme liegen in der Tiefe, sie wollen erkannt und behoben werden. Auch im Alltag einer Strafanstalt darf er nicht zu einer bloßen Nummer abgewertet werden. Eindeutigkeiten, und seien sie noch so zielgerecht gemeint, führen doch nicht zum Unruheherd seines Komplexes. Wie also erklärt sich seine unfrohe Fröhlichkeit, sein geschäftiges Alles- und Nichtwissen, seine Neugier ins Leere, sein ständiges Jagen nach Verständnis?

Der Junge ist einer jener Menschen die man, der Einfachheit halber, so gerne als "Strandgut der Gesellschaft" bezeichnet. Ehe es aber Strandgut gibt, muß es Schiffbruch gegeben haben! Schiffbruch aber hat es in seinem Leben gegeben, weil Staat und Gesellschaft ihm weder Bojen, Leuchtfeuer noch Warnungssignale gesetzt haben, weil sie ihn nicht zum Steuermann erzogen, weil sie ihn nicht zur

Verantwortung für sein eigenes Lebensschiff gerufen haben.

In seiner Unfreiheit auch außerhalb des Gefängnisses, in seiner Bindungslosigkeit zur Familie (das Gericht rechnete es ihm sogar mildernd an, daß er Vollwaise ist) steckt vielleicht der Grund seiner marternden Unrast, der Keim jener seltsamen Melancholie, die er mit so viel Emsigkeit zu überspielen sucht.

Mit einer angemessenen Betreuung, mit Geduld, Zeit und Verständnis könnte man diesen menschlichen Lehm noch kneten, könnte man vielleicht, wenn auch mit einiger Mühe, einen vollwertigen, zufriedenen Menschen aus ihm machen.

Aber wie gesagt: Mit einer zielgerichteten Betreuung, nicht aber mit Türe auf - Türe zu, drei lieblosen Mahlzeiten und monotoner Arbeit an jedem Wochentag. Nicht mit dem Alleinlassen an den Wochenenden und Feiertagen, wo Langeweile und zotige Zurufe die Arbeit ersetzen.

Es ist nur eine Zeitfrage. Bald hat die jetzige Haftsituation und

später die Lieblosigkeit der Gesellschaft draußen, das Unverständnis der Richter, unseren Jungen zu einem jener "Unverbesserlichen" gemacht, die man ohne Zwiespalt der Gefühle einfach abschreiben kann, und die deshalb so bequem sind.

Dann ist es endlich so weit, daß er lebensuntüchtig gemacht, im geheimen sich nach der Geborgenheit des Käfigs sehnt, weil er sich nach so vielen Enttäuschungen in der Freiheit jetzt hier zuhause fühlt.

Ist das der Sinn einer Menschenführung, das Ziel eines Strafvollzuges? Dann brauchen wir uns über den Sinn des menschlichen Lebens keine Gedanken mehr zu machen, nicht mehr über das Woher und Wohin zu grübeln, denn dann haben die Richter und die Gesellschaft das Jüngste Gericht schon vorweggenommen.

I. G. F., H. IV

+++

EINE BEDENKLICHE ERSCHEINUNG

Eine Schweizer Psychotherapeutin schrieb vor kurzem: "Wer in dieser verworrenen Zeit keine Neurose hat, ist vermutlich strohdumm."

Als Cavalier wäre man einer Dame gegenüber zunächst bereit, diesen Anspruch wohlwollend als geistreiche Koketterie zu bezeichnen. Aber der Ernst des Gegenstandes verlangt es, hier ganz unmißverständlich von einem unverantwortlichen Geschwätz zu sprechen. Denn so mancher Neurotiker wird sich nun noch etwas auf seine Neurose einbilden, hebt sie ihn doch aus der stumpfen, blöden Masse seiner Mitmenschen heraus. Wie will man dann einen solchen Menschen noch heilen?

Es ist kennzeichnend, daß seit dem Beginn des Wirtschaftswunders sich besonders unter Jugendlichen eine krasse materielle Lebenseinstellung bemerkbar macht. Dabei muß man, wenn man ehrlich ist, zugeben, daß die Jugend selbst nur zu einem kleinen Teil dafür schuldig gesprochen werden kann. Die Hauptschuld tragen die Eltern und die Erwachsenen. Die Jugendlichen sehen, wie die Erwachsenen - all ihren bürgerlich-moralischen Sprüchen zum Trotz - unentwegt dem Gelde nachjagen.

Die Kinder bekommen wohl ein großes Taschengeld, aber nicht die Liebe und Aufmerksamkeit, die sie sich wünschen und die sie auch zu einer gesunden seelischen Entwicklung brauchen. Zu einer richtigen Erziehung gehört es, daß man gelernt hat, mal für einen höheren Zweck auf etwas zu verzichten, aus der Erkenntnis, daß Verzicht und Gehorsam mit eigener innerer Zustimmung zur Erziehung gehören. Materielle Geringfügigkeit führt ja zu einer allgemeinen Fehlhaltung, die "durch Güte und Entgegenkommen total verhunzten Generation" zur Wohlstandskriminalität verleiten kann.

G. M.

Symbole der Gefangenschaft

Bilderausstellung in Godesberg

Eine der ungewöhnlichsten Ausstellungen wurde, wie DER LICHTBLICK bereits in seiner Juli-Ausgabe mitteilte, am 8. Juli 1969 in der Galerie des Ministeriums für Wohnungswesen und Städtebau mit freundlicher Unterstützung der UNIHHELP unter dem Titel "Bilder und Zeichnungen aus der Strafanstalt Tegel" von Bundesminister Lauritz Lauritzen eröffnet.

Die Rede des Initiators, Bundesjustizministers Professor Horst Ehmke, veröffentlichen wir an anderer Stelle.

Die ungewöhnliche Resonanz, die diese Ausstellung nicht nur bei den zahlreich erschienenen Gästen, unter denen sich auch der Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen Dr. Neuberger befand, hervorrief, wird auch aus Pressestimmen ersichtlich, von denen wir auszugsweise einige wiedergeben.

So schreibt u. a. der Bonner Generalanzeiger in seiner Ausgabe vom 9. 7. 1969 unter der Überschrift: Die Welt durchs Gefängnisgitter gesehen - Ausstellung von Bildern Strafgefangener im Wohnungsbaumini-sterium - Starke innere Bezüge:

"Das Gitter ist eines der hervorstechendsten Motive in der neuen Ausstellung, die das Bundesministerium für Wohnungswesen und Städtebau zeigt. Das ist verständlich, denn die Künstler, die hier ausstellen, sitzen hinter Gittern. Es sind Strafgefangene aus Berlin-Tegel, die in ihrer Freizeit den Pinsel führen. Sie sehen die Welt durch das Gitter. Aber das Gitter wird für sie auch Symbol ihres Blickes auf die Welt, und so reichen ihre Bilder von dem Blumenstrauß vor dem vergitterten Fenster bis zu den abstrakten Figurationen, welche die eisernen Stäbe in ihrer Vorstellung angenommen haben. Die Bedeutung dieser Ausstellung geht naturgemäß weit über das Optische hinaus und reicht ins Psychische."

Am 10. 7. 1969 berichtete dieselbe Zeitung:

"Minister Ehmke eröffnete Ausstellung - Der Teufelskreis von Verfehmung - Strafrechtsreform, dringliche Aufgabe auch der Gesellschaftspolitik.

Anlässlich der Eröffnung der Ausstellung von Häftlingsarbeiten aus Berlin-Tegel dankte Professor Ehmke dem Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau, Herrn Minister Lauritzen, für die Gelegenheit, in seinem Hause die Ausstellung von Arbeiten der Strafgefangenen Berlin-Tegel verwirklicht und damit thematisch wie psychologisch interessantes Phänomen an die Öffentlichkeit gebracht zu haben, das durchaus geeignet ist, im Sinne der Öffentlichkeitsarbeit zu wirken und Verständnis für die Bemühungen um einen neuen Strafvollzug grundzu-legen."

Die BONNER RUNDSCHAU vom 10. 7. 1969 berichtet:

"Malen in der Strafanstalt - Zwei Minister eröffneten die Ausstellung 'Kunst in der Strafanstalt'.

Viele Vorbereitungen waren nötig, ehe sie stand, die Ausstellung von Bildern malender Strafgefangener. Dann aber war es soweit: Die beiden Minister Dr. Lauritzen und Professor Horst Ehmke eröffneten die Schau aus der Strafanstalt Berlin-Tegel. Ein Vertreter des Bundesministeriums

für Wohnungswesen und Städtebau war zur Strafanstalt Berlin-Tegel gefahren, um dort von Strafgefangenen gemalte Bilder zu besichtigen. Die besten Gemälde, 102 an der Zahl, wurden zu der Ausstellung zusammengestellt.

Die Ausstellung von Bildern Strafgefangener sei ein weiterer Versuch, den Strafgefangenen das Bewußtsein zu geben, produktiv zu arbeiten. Diese Ausstellung soll zu dem Gefühl beitragen, daß man auch während der Strafzeit noch bis zu gewissen Grenzen in die Gesellschaft integriert sei."

In der gleichen Zeitung resümiert der bekannte Bonner Kolumnist, Rainer Thoma l l a , über die Ausstellung:

"Gefangene malen Bilder, ein Bonner Ministerium stellt diese Bilder aus. Ein Ereignis, das an sich bereits als Kuriosum zu nehmen ist und das die Augen der Öffentlichkeit auf sich ziehen wird.

Ungewöhnlich jedoch wird die Ausstellung im Bundesministerium, die Bilder und Zeichnungen von Gefangenen der Strafanstalt Berlin-Tegel zeigt, erst durch ihr gesellschaftliches Programm. Sie versucht eine Antwort auf die Frage zu geben, inwiefern Bilder für den Gefangenen ein Weg zurück in die Gesellschaft sein können. Kunst als Hilfe im Resozialisierungsprozeß, Gemälde im Dienste modernen Strafvollzugs - das ist der Beitrag dieser sonderbaren Kunstausstellung über ihren bloß ästhetischen Anspruch hinaus.

Unter diesem Aspekt wollten die beiden Minister, der Hausherr Dr. Lauritz Lauritzen und Justizminister Professor Horst Ehmke, bei ihren Eröffnungsansprachen die Schau der rund hundert Arbeiten gewertet wissen. Malen hinter Gittern hat nichts mit 'weicher Welle' im Strafvollzug zu tun und dürfe nicht als Luxus betrachtet werden, sondern sei ein Weg zum Selbstvertrauen der Straffälligen und zu ihrer Rückgliederung in die normale Arbeitswelt.

Die Berliner Gesellschaft UNIHELP, mit deren Unterstützung diese Ausstellung zustande kam, arbeitet bereits seit drei Jahren an einem Bildungsprogramm in den Berliner Strafanstalten, an dem Prominente aus Kunst und Politik mitwirken und durch das die Enklaven der Gefangenen durchlässig gemacht und entdämonisiert werden sollen.

Der Blick in diese Enklave gelingt in der Ausstellung. Und zugleich wird ein Blick in das Zwielicht psychologischer Problematik und auf die Trostlosigkeit soziologischer Verkettung geworfen. Insgesamt eine ungemein interessante wie lehrreiche Ausstellung."

Soweit auszugsweise einige Pressestimmen über die Ausstellung in Godesberg. Darüber hinaus wäre noch zu sagen, daß diese Ausstellung einmal mehr Zeugnis darüber abgibt, wie positiv Menschen sein können, sobald sie auf ihre Persönlichkeit hin mehr gefordert werden.

So sollte diese Ausstellung über ihre optische Brillanz hinaus Aspekte erzeugen, die mithelfen, den Strafvollzug sinnvoller zu gestalten, daher wirkungsvoller im Sinne moderner Überlegungen.

Den Fortschrittlern aber, die bereits seit vielen Jahren für einen modernen Strafvollzug plädieren, sei Dank gesagt dafür, wenn sie immer wieder auch an kleinen Erfolgen abzulesen verstehen, wie richtig die These ist, daß jeder Mensch grundsätzlich besserungsfähig ist.

So sollte selbst dann, wenn Mißerfolge die guten Absichten zu blockieren drohen, an jenem Programm festgehalten werden, das die UNIHELP Berlin in unerschütterlicher Bejahung konsequent durchzuführen bemüht ist.

gsp

Ein offenes Wort

Es ist im Tegeler Strafvollzug eine Situation eingetreten, in der es an der Zeit ist, eindeutig Stellung zu beziehen. Auch das ist unter anderem die Aufgabe einer Gefangenenzeitung. Der LICHTBLICK hat sich in einer Vielzahl von Diskussionen und Gesprächen immer wieder, und das nicht ohne Erfolg, bemüht, Verbesserungen für alle Insassen der Anstalt zu erreichen. Wenn die Berliner Öffentlichkeit sich heute stärker als bisher für Resozialisierungsmaßnahmen im Strafvollzug interessiert, so ist es nicht zuletzt unserer gezielten Aufklärungsarbeit zu verdanken. Deshalb glauben wir auch, heute und an dieser Stelle berechtigt zu sein, ein offenes Wort an unsere Mithäftlinge zu richten.

Die Unruhen der letzten Zeit haben uns nämlich im Endeffekt mehr geschadet als genutzt. Es waren Erwägungen im gange, so wie im September vorigen Jahres nach der Klosettpapier-Aktion, das gesamte Freizeitprogramm nicht nur einzuschränken, sondern überhaupt nicht durchzuführen. Aus der offensten Anstalt Deutschlands wäre dann wieder eine mittelalterliche Festung geworden. Alle geplanten Initiativen von UNIHILF, der Volkshochschule und anderen Betreuungsorganisationen wären zunichte gemacht worden.

Wir meinen, es geht nicht an, daß eine kleine Zahl nicht einsichtiger und böswilliger Gefangener alle Reformbestrebungen gefährdet, die uns Inhaftierten ein menschenwürdiges Dasein hinter Gittern ermöglichen sollen. Diese Minderheit mußte einmal daran erinnert werden, daß Späne fallen, wo gehobelt wird. Wir glauben aber immer noch an den guten Kern, der sich in jedem Menschen befindet, und der unter günstigen Umständen auch positiv ans Licht geholt werden kann. Wir gestehen es ein, hier liegt auch eine Schuld bei uns, daß wir uns nicht genügend mit ihnen und ihren Schwierigkeiten beschäftigt haben, daß wir nicht Freundschaft und Hilfe angeboten haben, wo es sichtlich notwendig gewesen wäre. Wir werden also in Zukunft Mittel und Wege finden müssen, auch einen Teil dieser Störenfriede in unsere Gemeinschaft zurückzuholen. Bleibt ein Rest von Uneinsichtigen, dann erhebt sich allerdings die Forderung der Gemeinschaft, diese außerhalb des Anstaltsbereiches zu verwahren. Sei es nun, daß man sie psychotherapeutisch behandelt oder sie ärztlich ruhig stellt oder letzten Endes einen 08/15-Vollzug an ihnen praktiziert; denn wem nicht zu raten ist, dem ist auch nicht zu helfen.

Es ist leicht, Forderungen an den Bürger und den Beamtenkörper von Tegel zu stellen, es ist aber auch schwer, durch entsprechendes Verhalten dieselben von der Notwendigkeit eines humanitären Strafvollzugs zu überzeugen.

Zum Schluß sei noch zu erwähnen, daß uns der Vorstand der Anstalt sein Bedauern darüber aussprach, daß von den harten Maßnahmen der letzten Tage auch die überwiegende Zahl der Gutwilligen mit betroffen wurde. Es sei nicht beabsichtigt, den eingesetzten progressiven Strafvollzug und die geplanten Reformen zu stoppen, wenn die Insassen einsichtig an der Wiederherstellung eines normalen Vollzugsklimas durch ihr Verhalten mitarbeiten.

Bei uns verstärkt sich der Verdacht immer mehr, und es wurden uns stichhaltige Gründe dafür geliefert, daß, ähnlich wie am 1. Mai, gewisse Scharfmacher außerhalb der Mauern sich als Drahtzieher auf unsere Kosten ein politisches Süppchen kochen wollen. Jeder sollte es sich eingehend überlegen, ob er sich von diesem Kreis zu seinem Nachteil mißbrauchen lassen will.

Unsere Zukunftsperspektiven in Tegel hängen einzig und allein von unserem guten Willen und von der Bereitwilligkeit der verantwortlichen Stellen ab. Diesen Vorschub gewähren und erwarten wir.

WICHTIGE VORBERESPACHUNG

Nachgehende Fürsorge soll gestärkt werden

Mit dem Ziel, einen Plan für eine koordinierte Entlassenenhilfe der freien Wohlfahrtsverbände aufzustellen, hatte der LICHTBLICK im Einvernehmen mit der Anstaltsleitung Vertreter der Organisationen Arbeiterwohlfahrt, Diakonisches Werk sowie Herrn Amtsrat Möws vom Senator für Jugend und Sport zu einer Diskussion eingeladen. Der Senatsvertreter meinte in seinem einleitenden Referat, daß nur durch einen Zusammenschluß der Aktivitäten der mit der Gefangenenfürsorge befaßten freien Organisationen und der staatlichen Stellen eine effektive Hilfe bei der Straferlassung gewährleistet werden könnte. Jeder müßte auf einen Teil seiner Autarkie verzichten und die bis jetzt nur individuell geleisteten Hilfen in einen gemeinsamen Fond einfließen lassen. Der Strafgefangene müsse bereits in der Anstalt so ausgerüstet werden, daß er nach der Entlassung keine unnötigen Wege und Wartezeiten in Kauf nehmen müßte. Der Anstaltsleiter warnte davor, das so wichtige Problem der nachgehenden Gefangenenbetreuung in tiefpsychologischen und pädagogischen Diskussionen, wie es so oft in der Vergangenheit geschehen sei, zu zerreden. Nur die sachliche, objektive Tat könne Ergebnisse erzielen. Es müsse eine neue schlagkräftige Organisationsform gefunden werden. Auch Sozialamtmann Lehmann vertrat die Meinung, daß die bisherige Organisationsform des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zur praktischen Arbeit hin umgestaltet werden müßte. Ihm schwebte eine zusammengefaßte freiwillige Vereinigung vor, die sich ausschließlich auf die praktische Entlassenenbetreuung konzentrieren sollte. Nur in der Zusammenarbeit zwischen den freiwilligen Helfern und den Sozialarbeitern der Anstalt könne Ersparnis erwachsen. Sowohl der Vertreter der Arbeiterwohlfahrt, Herr Baudisch, als auch der Vertreter des Diakonischen Werkes,

Herr Oldekamp, stimmten nach ihren Erfahrungen, die sie in der Praxis der Gefangenenbetreuung gewonnen hatten, persönlich dem Plan einer Zentralisierung zu; meinten jedoch, eine so wichtige und grundlegende Angelegenheit erst mit ihren Vorständen durchsprechen zu müssen. Herr Oldekamp kritisierte, daß der LICHTBLICK die Arbeit des Diakonischen Werkes nicht richtig dargestellt habe. Er wies darauf hin, daß das Diakonische Werk seit kurzem eingerichtete Wohnungen und möblierte Zimmer für Straferlassene zur Verfügung stelle. Die echten Bedürfnisse würden ermittelt, um gezielt helfen zu können.

Um zu einer Geschäftsordnung zu kommen, einen Plan für die Zukunft aufzustellen und eine geplante Podiumsdiskussion vorzubereiten, wollen sich die Beteiligten noch einmal am Mittwoch, dem 13. August, mit Vertretern der Gefangenenzeitung zusammensetzen. Über das Ergebnis dieser Besprechung werden wir in der September-Ausgabe berichten.

Scharfe Vorsichtsmaßnahmen

Als eine bedauerliche Folgeerscheinung der letzten Unruhen ist von der Vollzugsbehörde die Anweisung erlassen worden, daß bei zu erwartenden Krawallen oder Auseinandersetzungen zwischen Häftlingen und Vollzugsbediensteten anstaltsfremde Personen, wie Dozenten, Vollzugshelfer, unihelp-Vertreter etc., sofort das Anstaltsgelände verlassen müssen. Die Auswirkungen dieser Verfügung werden für viele Insassen, die sich an den Unruhen nicht beteiligt haben, eine unserer Ansicht nach unbillige Härte bedeuten.

Redaktionsgemeinschaft

Selbst der schlechteste Mensch ist noch von Nutzen, denn er dient als abschreckendes Beispiel.

BUCHBESPRECHUNG

Politische Taschenbücher ungelesen

In der letzten Ausgabe unserer Zeitung wurde bereits auf eine ungenutzte Taschenbuch-Spende von unihelp hingewiesen. Wurden damals einige Bücher der Unterhaltungsliteratur besprochen, so muß dieses Mal auf Taschenbücher des Fischer-Verlages aus der Reihe: 'Bücher des Wissens' hingewiesen werden. Es wird so oft darüber geklagt, daß die Bücherei des Hauses III keine aktuelle, fortbildende Literatur besitze (in den anderen Häusern wird es nicht anders sein), daß man sich nicht mit Themen der Zeitgeschichte und der Tagespolitik beschäftigen könne.

Diese Klagen sind völlig unberechtigt. Vor wenigen Wochen wurde von unseren Bibliothekaren ein neuer Katalog der vorhandenen politischen und zeitgeschichtlichen Werke angefertigt und an jede Station ein Exemplar zur Ausleihe an die Gefangenen ausgegeben. Ein Anschlag am Schwarzen Brett wies ausdrücklich darauf hin. Kein Gefangener hat bisher von diesem aktuellen Angebot Gebrauch gemacht. Das ist unverständlich.

Noch einmal wird von uns der Versuch gemacht, einige Taschenbücher bildenden Inhalts zu besprechen.

Auf einer Reise durch die jungen, erst vor kurzem selbständig gewordenen Staaten des schwarzen Erdteils entstand das "Afrikanische Notizbuch" des bekannten amerikanischen Publizisten Melvin J. Lasky, ein ungemein informativer Bericht über eine mehrmonatige Reise durch Nigerien, Ghana, Sudan und Äthiopien, deren politische und soziale Struktur weit hin unbekannt ist. Aus dem Fazit dieser Informationsreise und aus Gesprächen mit schwarzen Politikern, Gewerkschaftsführern und mit 'Entwicklungshelfern' aus Ost und West entsteht jenseits der üblichen Klischeevorstellungen ein farbiges Bild des aufbrechenden Kontinents in all seiner Widersprüchlichkeit. Sehr lesenswert.

Welche Vorstellungen hat der englische Wähler zu den politischen Parteien seines Landes? Gibt es ein politisches Klassenbewußtsein unter der britischen Wählerschaft? Aus welchen Schichten stammen die Mitglieder der Labour Party, der Liberalen Partei und der Konservativen? Gibt es eine Stetigkeit in der englischen Parteipolitik, in der Regierungsverwaltung?

Diesen Fragen geht der bekannte Autor Jean Blondel in seinem Buch: "Demokratie in England" nach und kommt dabei zu Ergebnissen, die unsere Vorstellung von der englischen Demokratie und ihren Institutionen in vielen Punkten verändern.

Einsichten und Ausblicke über "Die Ära Adenauer" vermitteln elf bedeutende Publizisten, Journalisten und Professoren in tiefgründigen Abhandlungen.

Noch einmal werden die Unruhe, Größe und Problematik seiner Regierungszeit fühlbar und verständlich. Die Ergründung der Vergangenheit, der Hinweis auf die Ursachen von Erfolgen wie Fehlschlägen aber ist für die Zukunft der deutschen Politik von großer Wichtigkeit.

Ulrich von Hassel war von 1938 führend in der deutschen Widerstandsbewegung tätig. Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 wurde er von der Gestapo verhaftet, mit Goerdeler, Leuschner und Wirner vom sogenannten Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 8. September 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Die Tagebücher Ulrich von Hassels gehören zu den wenigen persönli-

chen, uns erhaltenen Tagebüchern der Männer des Widerstandes. Sie geben uns ein Zeugnis über die politische und menschliche Haltung der Männer, die ihre Idee "Vom anderen Deutschland" gegen eine brutale, unmenschliche Diktatur nicht verwirklichen konnten.

Hingewiesen sei auch in diesem Zusammenhang auf Neueinstellungen in der Bücherei III. Es handelt sich zum Teil um umfangreichere Werke, die in letzter Zeit auf dem Büchermarkt Bestseller waren und zum Teil auch in großen Illustrierten und Magazinen im Vorabdruck erschienen sind. Von diesen Büchern nennen wir:

Swetlana Allilujewa: 'Zwanzig Briefe an einen Freund', in dem die Tochter Josef Stalins Einblicke in die Intimsphäre des roten Diktators und die Hintergründe der sowjetischen Politik gibt.

'Ein unordentliches Leben' nennt der ehemalige Pressechef Adenauers und spätere Berlin-Beauftragte der Bundesregierung, Felix von Eckhardt, seine sehr farbig und instruktiv geschriebenen Lebenserinnerungen, deren Bogen vom 1. Weltkrieg bis in die siebziger Jahre gespannt ist.

Ein aktuelles Buch von explosiver Schlagkraft schrieb der französische Journalist Jean-Jaques Servan-Schreiber, der schon als Autor des Erfolgsbuches 'Leutnant

in Algerien' das politische Leben Frankreichs in Bewegung brachte. Sein neues Werk: 'Die amerikanische Herausforderung' ist ein politisches Sachbuch von hoher Qualität. Sein Thema, die Fragestellung, ob es Europa gelingen könne, sich von der Gefahr, ein Satellit der Vereinigten Staaten zu werden, das ihm nicht nur in Rohstoffen, sondern in Ideen, Planungssituationen, organisatorischen Fähigkeiten, Management, durch Größe und Bevölkerungszahl, durch die größeren Dimensionen auf allen zukunfts-gestaltenden Gebieten überlegen sind, zu bewahren und eine dritte Macht im Kräfte-spiel zwischen Rußland und Amerika werden kann.

Hat es im Krieg ein deutsches Atom-Forschungsprogramm gegeben? Wie weit war die deutsche Forschung während des Krieges gediehen? Hat die deutsche Atomforschung eine Leistung vollbracht, die so bahnbrechend war, daß noch heute die amerikanische und russische Forschung von ihnen befruchtet wird? Diese weithin unbekanntete Frage beantwortet David Irving in seinem hochinteressanten Buch:

'Der Traum von der deutschen Atombombe', das man wirklich eindringlich empfehlen kann.

kl.

Über Zeitschriften

=====

Die Herausgabe von Zeitschriften ist bekanntlich auch ein technisches Problem, Artikel und Erzählungen haben für gewöhnlich nicht die richtige Länge. Da die Natur jedes Vakuum verabscheut, erfand man für die leer bleibenden Stellen ein Füllsel: eine Anzahl nach einfachem Schema gereimter Gedichtsstrophen über Blumen, Sonnenuntergänge und die milden Formen der Liebe.

Upton Sinclair

SPORT

Kein Gegner für Blau-Weiß Tegel

Trotz des Bemühens verantwortlicher Stellen und der Vermittlung durch Privatpersonen haben wir am 26. Juli eine böse Überraschung erleben müssen. Das an diesem Tage vorgesehene Freundschaftsspiel gegen eine Werksmannschaft der Firma Siemens ist aus für uns unerklärlichen Gründen 'ins Wasser' gefallen.

Es ist verständlich, wenn Angehörige von Gastmannschaften ihre Freizeit und das herrliche Sommerwetter für ausschließlich private Angelegenheiten nutzen. Was wir nicht verstehen ist, daß man versäumt hat, die Ausrichter dieser Veranstaltung rechtzeitig zu informieren. Denn man sollte nicht vergessen, welche organisatorischen Voraussetzungen gerade hier geschaffen werden müssen, und mit welcher Spannung jeder diesen Vergleichskämpfen entgegenseht.

Es wird zwar immer behauptet, daß Vergleiche hinken. Wenn wir aber daran denken, daß bei ähnlich schönen Witterungsbedingungen die Handball-Vertretungen der Rejnickerdorfer Füchse und der Tennis Borussia unserer Einladung Folge leisten konnten, wird ersichtlich, mit welcher sportlichen Einstellung und Bereitschaft zur Kontaktaufnahme diese hierher kamen.

Redaktionsgem.

Unter dem Motto: "Wir sind ja die lustigen Holzhackerbuam" wurde sodann als Ersatz ein Spiel zwischen den alten 'Rivalen', den 1. Mannschaften von Blau-Weiß und Rot-Weiß Tegel, improvisiert. Letztgenannte sprangen völlig unvorbereitet in die Bresche, obwohl ein Teil von ihnen gerade ihren verdienten Mittagsschlaf hielten.

Bei ungewöhnlich hohen Temperaturen und unter dem Gesichtspunkt 'Freundschaftsspiel' entwickelte sich eine der nun schon zur Ge-



wohnheit gewordenen 'Schlachten', deren Verlauf teilweise über das Maß des Erträglichen hinausging.

Das Ergebnis von 19:17 für Blau-Weiß Tegel spiegelt in erster Linie die körperliche Überlegenheit wider.

Es muß einmal mehr an dieser Stelle die Forderung erhoben werden, zu derartigen Spielen nach Möglichkeit einen neutralen Schiedsrichter hinzuzuziehen. Wenn sich innerhalb 'unserer Grenzen' niemand anbietet, sollte man Kontakt zu Berliner Vereinen aufnehmen.

Joe

Ein besonderes Erlebnis

Aus der Vereinszeitung der 'Füchse'

Am 17. Juni spielte unsere 3. Männer auf Einladung der Zuchthausverwaltung Tegel gegen Rot-Weiß Tegel, eine Häftlingsmannschaft. Vor der Kulisse von 150 zuschauenden Häftlingen übergab uns der Mannschaftsführer des Gegners einen sehr schönen eingerahmten Scherenschnitt.

Bei drückender Hitze entwickelte sich auf der hervorragenden Anlage ein schnelles, faires Spiel. Jedes Tor wurde von den Zuschauern

bejubelt. Besonders groß war der Jubel natürlich immer dann, wenn es den "Hausherren" gelang, unsere schnell herausgespielte Führung zu verkürzen. Der Gegner wurde in der zweiten Halbzeit immer stärker und so waren wir am Schluß

froh, noch mit 21:17 gewonnen zu haben. Der Besuch in der Haftanstalt Tegel war für uns alle ein besonderes Erlebnis, und wir werden gern auch noch gegen die andere Mannschaft Blau-Weiß Tegel antreten.

Eine Bundesliga-Saison ohne Zittern?

Gemeint ist natürlich Berlins liebste "Fußballidame" Hertha BSC.

Hertha BSC war in die höchste Fußballklasse Deutschlands aufgestiegen. Das Ziel war und konnte nur sein: in der Bundesliga zu verbleiben. Daß "Hertha" dies geschafft hat, ist enorm, bedenkt man, wie hart gegen den Abstieg gekämpft wurde. Enorm deshalb, weil die Mannschaft keinen Sturm hatte, der Tore schießen konnte. Dazu fehlten ganz einfach Techniker in ihren Reihen, die dies ermöglicht hätten. Dafür aber war Verlaß auf die Abwehr.

Für die neue Saison mußte also in erster Linie der Sturm verstärkt werden; dazu aber auch ein erstklassiger Mittelfeldspieler verpflichtet werden, ein Mittelfeldspieler, der es versteht, den Sturm richtig einzusetzen, und in der Lage ist, selbst Tore zu schießen. Man hat dieses Problem, so sehe ich es jedenfalls, mit der Verpflichtung von vier hervorragenden Spielern gelöst. Es sind: Gayer (Wiener SK), Horr (Alsenborn), Patzke (TSV München 1860), und Varga (ungarischer Nationalspieler, noch gesperrt). Hinzu kommen noch Kriegel (Landsberg), Eichberg (Gütersloh) sowie Laube, Janzon, Maaß, die aus den eigenen Junioren kommen und Grützner (Amateur). Demgegenüber sind folgende Spielerabgänge zu verzeichnen, die für "Hertha" aber ohne Bedeutung sein dürften: Sangulin, Kröner, Adelman, Hausmann, Schmidt und Krafczyk.

Trainer Kronsbein wird sich natürlich in erster Linie mit den neuen Spielern Gayer, Horr, Varga und Patzke befassen, um diese in die Mannschaft zweckentsprechend einbauen zu können. Bei Varga ist

noch ungewiß, ob er die Spielerlaubnis von der FIFA sofort erhält. Ich glaube, daß er diese nicht vor dem 1. Februar 1970 bekommt. Es würde sich, sollte Varga spielen, folgende Mannschaft geradezu anbieten:

V. Groß, Ferschl, Witt, Patzke, L. Groß, Ipta, Horr, Varga, Gayer, Brungs, Steffenhagen.

Das wäre eine Mannschaft, die zu allem fähig in der Lage ist. Aber auch so hervorragende Spieler wie Wild, Bredenfeld, Altendorf, Weher, und Kriegel passen durchaus gut in die Mannschaft.

Man wird sich kommende Saison sicherlich auf den DFB-Pokal konzentrieren, weil Hertha BSC wohl kaum in Abstiegsgefahr kommen wird, da es diesmal in der Bundesliga Mannschaften gibt, die entschieden schwächer sind, wie z.B.: MSV Duisburg, 1. FC Kaiserslautern, TSV 1860 München, Eintr. Frankfurt, Rot-Weiß Oberhausen, VfB Stuttgart.

So gesehen, wird man sich schon heute auf den ersten Spieltag freuen.

Freuen würde ich mich auch, wenn alle Anti-Herthaner und Herthapessimisten sagten, daß Hertha BSC kein Deutscher Fußballmeister wird. Sollten sie es nämlich sagen, dann würde das bedeuten, daß Hertha in der Bundesliga-Tabelle ganz weit vorne stehen wird.

Mein persönlicher Tip ist, daß Hertha BSC diesmal unter die ersten Sechs kommt, daß sie ein ernstes Wort im DFB-Pokal mitsprechen wird und daß der FC Schalke 04 für alle Spitzenmannschaften eine große Gefahr sein dürfte.

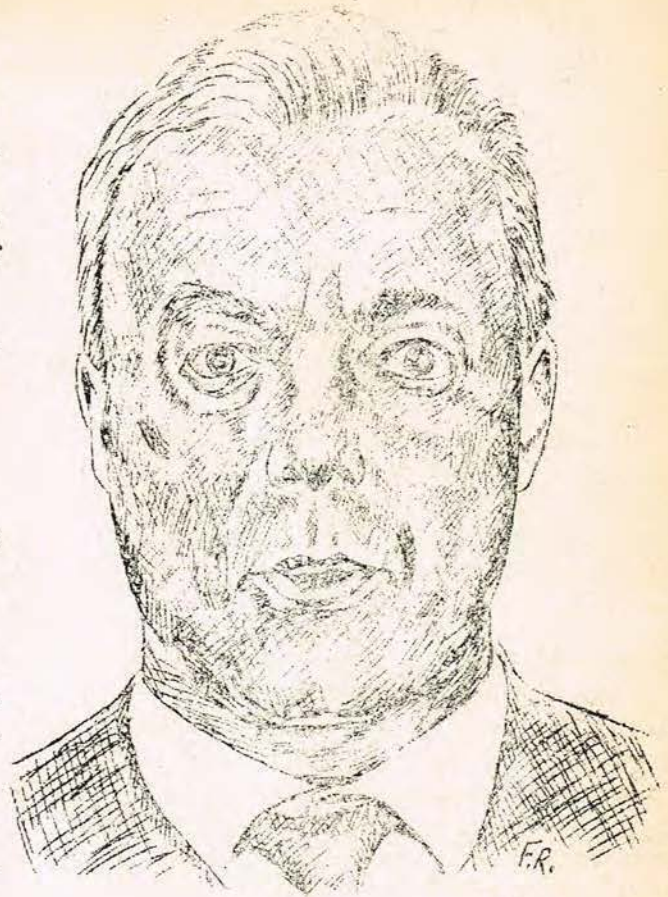
P. U., H. III

Abgesetzte Zusatzkost

Da der LICHTBLICK in Erfahrung gebracht hatte, daß Ende Juli 1965 Zusatzverpflegungen vom Arzt nicht verlängert worden waren, baten wir den Oberpfleger des Hauses III, Herrn Kullik, um Auskunft, warum eine solche einschneidende Maßnahme getroffen wurde.

Da der vorgesetzten Behörde die aufgewandten Mittel für die Zusatzkost besonders im Hause III zu hoch erschienen, wurde der zuständige Hausarzt veranlaßt, jeden Bedarfsfall erneut zu prüfen. Vor allen Dingen sollte er darauf achten, daß nicht einzelne Häftlinge mehrere Zusatzkostformen gleichzeitig erhielten. Aus diesen Gründen entschloß sich Dr. Bortz, vorerst einmal die Zusätze bei all denen zu streichen, wo der Grund der Zuteilung nicht klar ersichtlich war oder gegen den Gleichheitsgrundsatz verstieß. In unserem Gespräch wurde von Herrn Kullik daran erinnert, daß es in früheren Jahren eine differenziertere Zuteilung gab. Im Bedarfsfall erhielt früher ein Gefangener nach ärztlicher Untersuchung erst einmal für den Zeitraum von 14 Tagen eine Zusatzkost. Hatte sich sein Zustand nicht gebessert, so wurde im nächsten Zeitraum, z. B. anstelle von Milch eine Butter- oder Obstzulage gegeben. Durch dauernde Gewichtskontrollen wurde erreicht, daß keine ungerechten Zuteilungen vorgenommen wurden.

Wir fanden Verständnis für unseren Wunsch, daß in Zukunft nicht nur die Berufskranken und Simulanten vom Arzt Kostzulagen erhalten, sondern auch stille und bescheidene Häftlinge, vor allen Dingen solche mit längeren Strafen, um bei ihnen die Eintönigkeit des Essens einmal für eine gewisse Zeit zu durchbrechen. Unseren Vorstellungen nach sollte Schwer- und Schwerstarbeitern grundsätzlich eine Kostzulage seitens des Staates gewährt werden. - Inzwischen werden berechnete Anträge auf Kostzulage ärztlich ein-



Rühmann-Filme

Aus Anlaß des 30jährigen Berufsjubiläums von Heinz Rühmann wurden in den Häusern am Sonnabend und Sonntag, 9./10. August, seine Film-erfolge: "Geld oder Leben" und "Keine Angst vor großen Tieren" zum Gaudium des "Publikums" gezeigt. Es durfte laut und herzlich gelacht werden.

Unserer Ansicht nach ist Heinz Rühmann einer der profiliertesten und vielseitigsten deutschen Schauspieler, den man immer wieder gerne auf der Leinwand bewundert.

=====
gehend geprüft, da es sich bei dieser oben geschilderten Situation sowieso nur um eine vorübergehende Maßnahme handelt.

Wir erfuhren auch bei dieser Unterredung, daß die Vielzahl der bisher ausgegebenen Medikamente eingeschränkt werden soll, um einen besseren Überblick beim Einkauf und in der Therapie gleichwirkender Mittel zu erhalten.

Redaktionsgemeinschaft III

LESERBRIEFE

Ich bin der Meinung, daß unsere Sportanlage zu wenig genutzt wird. Läßt sich da keine Abhilfe schaffen?

H. H., Hs. III

Hiermit bitte ich die Anstaltsleitung aus Gründen einer einwandfreien Brotaufbewahrung und somit Einsparung, für alle Abteilungen im Haus III eine Brotkapsel zum Zwecke der Frischhaltung der nicht ausgegebenen Brote zur Verfügung zu stellen.

K. H., Hs. III

Als Hofarbeiter appelliere ich an die Vernunft der Menschen. Die Höfe sind doch keine Müllkippen; aber so sehen sie leider aus. Alles wird herausgeschmissen: Gläser, Büchsen, Papier und ähnlicher Dreck. Besonders das in kleine Schnipsel gerissene Papier aufzusammeln, ist ärgerlich. Die Höfe und Anlagen sind doch ein erfreulicherer Anblick, wenn sie sauber sind.

L. F., Hs. II

Die Insassen verlangen nichts Unmögliches, und wollen schon gar nicht etwas mit Gewalt erpressen. Das mindeste, um das es hier ging, ist ein anständiges und ausreichendes Essen und eine menschenwürdige Behandlung.

H. G., Hs. III

Was Recht ist, muß Recht bleiben. Aber in Zukunft bei "Bambulen" keine Gewalttätigkeiten. Sie helfen uns nicht, die Vorurteile bei der Bevölkerung gegen "Vorbestrafte" abzubauen.

V. B., Hs. II

Es geht um Fußball. Frage nun höflichst an, ob es mir möglich sein wird, auch bei der neuen Redaktion einmal zu Wort kommen zu dürfen: als Vorsitzender des Anti-Hertha-Clubs. In der letzten Spielzeit ließ uns der Skandalverein keine Chance. Springer war besser. Große Verluste nahmen wir hin. Auf

geht's zur neuen Saison. Die Fronten sind abgesteckt. Dort die ewigen Ha-Ho-He-Schreier, die vor einigen Jahren den Ball noch als Würfel ansahen. Bei uns die Leute, die noch etwas für Kampf, nicht aber für Krampf übrig haben. Jede eklatante Niederlage von Hertha ist für uns ein Siegesfest. Wir sind für einen 1 FC Berlin, nicht für die Gesundbrunner. In diesem Schreiben habe ich zum letzten Mal im Namen meiner Mitglieder den Namen Hertha in den Mund genommen. Manche Vereine reden über Abstieg; Hertha tut es 1969 - 70!

Wei., Hs. III

Vielleicht könnten Sie zwei Ausschnitte aus "Mensch und Staat" für Ihre Zeitung verwerten: Der Artikel von mir über "Die vergessenen Fälle", der jeden lebenslänglichen betrifft, der noch als Minderjähriger vor Inkrafttreten des Jugendgerichtsgesetzes zu einer lebenslangen Strafe verurteilt wurde, außerdem wäre es vielleicht gar nicht schlecht, wenn Sie den Brief, den Heinz Kraschutzki, Till Burger und ich ebenfalls in der gleichen Zeitschrift als offenen Brief veröffentlicht haben, auch in Ihrer Zeitung abdrucken. Wenn ich von Schweden zurückkomme, werde ich Ihnen einige weitere Beiträge senden.

Birgitta Wolf
Murnau

Für die freundliche Aufnahme bei meinem gestrigen Besuch möchte ich mich bei Ihnen bedanken. Ich hoffe, daß ich noch öfter Gelegenheit haben werde, mit Ihnen zu sprechen.

Weiterhin viel Erfolg bei Ihrer Arbeit! Die von Ihnen geübte aufbauende und ermutigende Kritik mit konkreten Verbesserungsvorschlägen ist m. E. der einzige Weg, um gemeinsam weiterzukommen, wenn es auch sehr mühsam und langwierig ist.

Peter Scheffel, Jurist

Zu unserem Bericht über die Deutsche Gefangenengewerkschaft erreichte uns über die Redaktion der "Frankfurter Rundschau" eine Gegendarstellung des Rechtsanwalts Rolf Wittekind, Bidingen, die wir aus Gründen der Fairneß nachstehend veröffentlichen:

1. Ich habe zu keiner Zeit eine Gehaltsforderung gegen die Deutsche Gefangenengewerkschaft gehabt. Mein Gehalt in Höhe von 2 500 DM wurde mir von Herrn Bitterwolf persönlich gezahlt, und zwar nur einmal, nämlich für den Monat März 1969, obwohl ich bis zum 20. Mai 1969 für die Gewerkschaft tätig war. Von dieser einmaligen Gehaltszahlung habe ich 1 165 DM für die Gewerkschaft ausgegeben, ohne an eine Erstattung überhaupt zu denken.

2. Die im letzten Absatz des Artikels wiedergegebene Äußerung des Herrn Bitterwolf, die den Vorwurf der Begehung einer schweren Straftat durch mich enthält, entbehrt jeglicher Grundlage. Entgegen der Darstellung in dem Artikel ist auch keine Strafanzeige gegen mich erstattet worden.

3. Ich lege Wert auf die Feststellung, daß mich allein idealistische Vorstellungen und Motive und die wirkliche Zielsetzung der Gefangenengewerkschaft zu meiner Mitarbeit bewogen haben.

Rolf Wittekind
Rechtsanwalt

Dampferfahrt für Justizvollzugsbedienstete

Im Zuge der Bestrebungen, ein besseres Verhältnis der Justizvollzugsbeamten zu den in der Anstalt tätigen Dozenten und Vollzugshelfern herzustellen, plant Unihelp Berlin in nächster Zeit einen Dampferausflug mit Familienangehörigen.

Helmut Ziegner und der Vorstand von Unihelp wollen diese zwang-

losen Kontakte weiter ausbauen.

Osram ermöglicht Freigängertum

Seit einigen Wochen ist das Osram-Arbeitskommando nach der Außenstelle Düppel verlegt worden, von wo es zum Osram-Zweigwerk Helmholtzstraße fährt. Dort arbeiten die Häftlinge in einigen Betriebsabteilungen unbeaufsichtigt mit freien Arbeitern und Arbeiterinnen. Außer einem zusätzlichen Kantinenessen und Getränken unterliegen die Häftlinge der üblichen Arbeitsbelohnung.

Der teuerste Strafvollzug

Bundesjustizminister Prof. Ehmke nahm in einem vom Hessischen Rundfunk ausgestrahlten Interview zu den Kritiken Stellung, die sich gegen die angebliche "weiche Welle" im Strafvollzug richten und welche die erhöhten Kosten eines modernen Strafvollzugs monieren.

Ehmke sagte u. a.:

"Der teuerste Strafvollzug ist der, der Verbrecher produziert, und das ist in der Bundesrepublik bisher der Fall."

Zeitschrift für Knast und Kiosk

Im Gefängnis zu sitzen, ist für die meisten Leute etwas, was nur den anderen passiert, und über Strafgefangene weiß so mancher Bürger nur das, was ihm als Kind an Vorurteilen beigebracht wurde.

Der englische Journalist Iain Scarlet, der selbst zweimal einige Monate hinter Schwedischen Gardinen saß, gründete eine Zeitschrift mit dem Namen "Linkup", um seinen Mitbürgern verständlich zu machen, was es bedeutet, ein Strafgefangener zu sein - und warum zwei Drittel von ihnen innerhalb eines Jahres nach ihrer Entlassung wieder hinter Gittern wandern -. Zwar ist es in jedem englischen zünftigen Knast üblich, daß eine Hauszeitung die Runde macht, die

Häftlinge für ihresgleichen verfassen, aber Scarlet läßt in seiner neuen Zeitung Häftlinge und Ex-Häftlinge, Frauen, Freundinnen und Verwandte von Straffälligen zu Wort kommen, ebenso Gefängnis-aufseher und Gefängnisdirektoren, sowie das für den Strafvollzug verantwortliche Innenministerium, Psychiater, Fürsorger und Soziologen. Auch Hausfrauen, Journalisten und jeweils der Chefredakteur einer Londoner Zeitung und nicht zuletzt die Opfer einer kriminellen Handlung sind eingeladen, über ihre Erfahrungen und Meinungen zu schreiben.

Linkup wird aus Spenden finanziert und ist unabhängig. Scarlet hat etwas fast Unmögliches vollbracht: Er vermochte das Innenministerium von dem Wert seiner Zeitschrift für die Rehabilitierung von Strafgefangenen zu überzeugen. Er erreichte, daß diese Behörde, deren Bemühungen, Publizität über das Strafvollzugssystem zu unterdrücken, geradezu sprichwörtlich sind, den Strafgefangenen gestattet, unzensurierte Berichte, Stories und Gedichte jeder Art zur Veröffentlichung an Linkup zu schicken. Auch die Vorschriften, die das Gefängnispersonal bisher zum Schweigen über alle Vorgänge an ihrem Arbeitsplatz zwangen, hob die Obrigkeit für Beiträge an Linkup auf. Das Innenministerium überläßt Scarlet allein die Auswahl der Zuschriften.

Konzertierte Aktion

Zur Gewährleistung einer besseren Entlassenenfürsorge sind, wie wir an anderer Stelle ausführlich berichten, Bestrebungen im gange, die Hilfen der freien Wohlfahrtsverbände zentralisiert in Tegel zu koordinieren. Auf Vorschlag des LICHTBLICK soll die nächste turnusmäßige Vorstandssitzung des

Paritätischen Wohlfahrtsverbandes im Beisein von Gefangenen in der hiesigen Anstalt abgehalten werden.

In einer ständigen Sozialkonferenz aller mit der Straffälligenhilfe befaßten Organisationen und des Landesarbeitsamtes Berlin sollen die jeweiligen Bedürfnisse ermittelt und abgestimmt werden. Gedacht ist auch an eine Podiumsdiskussion vor einem erweiterten Kreis von Gefangenen. Wir werden unsere Leser rechtzeitig über diese Veranstaltungen informieren.

Fachvorträge des Landesarbeitsamtes

Der Vertreter des Landesarbeitsamtes Berlin, Herr Assessor Müller, hat bei einem Besuch der LICHTBLICK-Redaktionsgemeinschaft die Zusage gegeben, daß er und die Fachreferenten für die einzelnen Berufssparten (Baugewerbe, metallverarbeitende Berufe, Druck und Papier, Elektroindustrie, Textilverarbeitung etc.) in Tegel vor einem Kreis interessierter Häftlinge aufklärende Vorträge über Arbeitsmöglichkeiten und berufsfördernde Aktivitäten des Arbeitsamtes halten werden. Die Termine werden bald bekanntgegeben.

Berechtigte Bitte

Man kann es schon beinahe als Unsitte bezeichnen, daß verschiedene Anstaltsinsassen sich an den Sonnabenden an die Sozialarbeiter mit der Bitte wenden, Behördenangelegenheiten noch an diesem Tage zu erledigen. Bekanntlich haben Behörden nur von montags bis freitags öffentliche Dienststunden, infolgedessen können diese Angelegenheiten sowieso nicht erledigt werden. Die Sonnabende sollten ausschließlich für Einzelgespräche und Sprechstunden genutzt werden.

Das im Innern der Zeitung beigeheftete Schmuckblatt ist eine Entwurfsskizze von H. F. zu seinem vom Bundesjustizminister Prof. Ehmke angekauften Gemälde

"Der Bus fährt ab"

Es wurde als Leihgabe in der Godesberger Ausstellung gezeigt.

Berufsförderungsgesetz

Arbeitsvermittlung

und neue berufliche Bildungsmöglichkeiten

Da die Förderungsmaßnahmen des Landesarbeitsamtes für Strafgefangene und entlassene Häftlinge weithin unbekannt waren, und es besonders bei der Arbeitssuche zu unnötigen Schwierigkeiten kam, hatte der LICHTBLICK für Freitag, den 8. August 1969, Herrn Assessor Müller und seine persönliche Referentin, Fräulein Schwindt zu einem Informationsgespräch, an dem auch der Leiter der Sozialpädagogischen Abteilung teilnahm, eingeladen.

Aus den sehr eingehenden und interessanten Darlegungen unserer Besucher veröffentlichen wir nachstehend die wichtigsten Passagen.

Das Landesarbeitsamt Berlin ist bestrebt, die Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit auf dem Gebiet der Resozialisierung tatkräftig zu unterstützen. Da allgemein bekannt ist, daß es besonders schwierig ist, Arbeitssuchende, die straffällig geworden sind, in Arbeit zu vermitteln, versucht das Arbeitsamt, schon während der Haftzeit den Inhaftierten durch Fachkurse und Anlernmaßnahmen gute berufliche Voraussetzungen zu schaffen. Dazu ist es notwendig, im Einzelfall die zu erwartenden Schwierigkeiten rechtzeitig zu erkennen und schon vier bis sechs Monate vor der Entlassung die Vermittlungsmöglichkeiten zu prüfen und eine Arbeitsstelle für sie zu finden. Zuständige Berufsberater des Landesarbeitsamtes nehmen rechtzeitig in der Strafanstalt Tegel Kontakt mit dem zur Entlassung Stehenden auf.

Schwierigkeiten

Dem Landesarbeitsamt ist bekannt, daß durch den föderalistischen Aufbau der Berliner Verwaltung schon Schwierigkeiten bei der Be-

schaffung des Personalausweises und damit der notwendigen Arbeitsunterlagen entstehen. Dieser Mißstand muß bald behoben werden, damit eine echte Arbeitsvermittlung bereits in der Anstalt beginnen kann. Dann kann auch unter Berücksichtigung seiner sozialen Lage und seiner sonstigen Belange den persönlichen Berufswünschen besser Rechnung getragen werden.

Auch Herr Assessor Müller war der Meinung, daß die Anlern- und Umschulungsmaßnahmen in der Strafanstalt Tegel im Interesse einer besseren Arbeitsvermittlung ausgebaut werden müßten. Da das Landesarbeitsamt selbst keine Fachschulen und Ausbildungsstätten unterhält, delegiert es diese Aufgabe an geeignete Schulen oder Organisationen, wie zum Beispiel in Tegel an die Universalstiftung Helmut Ziegner. Leider mußte das Landesarbeitsamt aber die Feststellung treffen, daß die für Anlernmaßnahmen in Frage kommenden Häftlinge von diesem Förderungsweg nur im geringen Maße Gebrauch machen. Ein Hemmschuh war die bis-

herige gesetzliche Vorschrift, daß nur Häftlinge, die nach Abschluß des Lehrganges sofort, aber unter Berücksichtigung eines eventuellen Gnadenerweises, in ein Arbeitsverhältnis gebracht werden konnten, zur Teilnahme zugelassen wurden.

Wesentliche Erleichterung

Hier bringt das neue Berufsförderungsgesetz wesentliche Erleichterungen und Lockerungen. Zu bemerken ist auch, daß die bisher durchgeführten Lehrgänge, wie zum Beispiel der Kurs für Maler und der für metallverarbeitende Berufe, zu den einfachsten Ausbildungen gehören. Dem Landesarbeitsamt schwebt vor, auch für qualifiziertere und anspruchsvollere Berufe Förderungsmaßnahmen in Tegel durchzuführen. In einzelnen Fällen wurde es bereits Handwerkern, wie Schneidern, Schustern und Tischlern ermöglicht, eine Berufslehre mit dem Abschluß der Gesellenprüfung durchzumachen. Fast unbekannt ist die Möglichkeit, daß auch noch Personen bis zu 50 Jahren eine sogenannte Altlehre beantragen können, die vom Arbeitsamt voll finanziert wird. Das sollte von allen denen in Anspruch genommen werden, denen es bisher aus individuellen Gründen nicht möglich war, einen Berufsabschluß zu erreichen. Insassen, welche eine solche Berufsausbildung wünschen, werden von den zuständigen Berufsberatern eingehend über die Möglichkeiten der Eingliederung in den Arbeitsprozeß informiert.

Da das Landesarbeitsamt die Feststellung gemacht hat, daß bei den Häftlingen nur ein geringes Interesse für berufsfördernde Kurse besteht, werden auf Vorschlag des LICHTBLICK künftig die Fachreferenten der einzelnen Facharbeitsämter aufklärende Vorträge halten. Auch ist beabsichtigt, in Tegel einen ständigen Kontaktmann des Arbeitsamtes einzusetzen.

Mittel vorhanden

Nach dem neuen Arbeitsförderungsgesetz stehen größere finanzielle Mittel zur Verfügung, so daß auch vom Berliner Arbeitsamt gut aus-

gerüstete Werkstätten eingerichtet werden können. Es ist dringend anzuraten, daß sich Interessenten einem Berufseignungstest, wie er bereits einmal vor anderthalb Jahren durchgeführt wurde, unterziehen. Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen können besonders während der Haftzeit eine größere Effektivität haben, als wenn sie nach der Entlassung durchgeführt werden. Aber auch letztere Möglichkeit besteht.

Es ist vor allen Dingen an die Personen zu denken, die auf Grund ihrer Straftat ihren bisherigen Beruf nicht mehr ausüben können. Beispiel: Ein Fernfahrer verliert seinen Führerschein oder ein anderer seine Berufslizenz. Dieser Personenkreis muß in der Anstalt eine echte Möglichkeit finden, sich in einen anderen Beruf umzuschulen. Da sich im Baugewerbe günstige Eingliederungschancen bieten, und in diesen Berufen auch sofort gut verdient wird, müßte ein altes Projekt des Arbeitsamtes, in Tegel einen sogenannten Bauhof zu unterhalten, erneut geprüft werden. Das Arbeitsamt wird mit der Anstaltsleitung dahingehende Gespräche aufnehmen. Eine weitere Möglichkeit, einen Anlernbetrieb für Kleinoffset-Drucker in Tegel einzurichten, wird vom Arbeitsamt geprüft werden. Sollte diese positiv ausfallen, würden die notwendigen maschinellen Anlagen vom Arbeitsamt zur Verfügung gestellt werden.

Nach der Entlassung

Der Gefangene sollte nach der Haftentlassung durch sofortige Meldung bei seinem zuständigen Arbeitsamt die Möglichkeiten in Anspruch nehmen, die die Voraussetzungen für eine Arbeitsaufnahme verbessern oder überhaupt schaffen. Nach der Arbeitsaufnahme besteht die Möglichkeit, bis zur ersten Lohn- oder Gehaltszahlung eine Überbrückungsbeihilfe zu erhalten. Dieser Zuschuß braucht nicht zurückgezahlt zu werden. Ebenfalls stellt das Arbeitsamt, wenn nötig, dem Entlassenen unentgeltlich Arbeitskleidung zur Verfügung.

Zuschüsse für Firmen

Um bei den Firmen einen besonderen Anreiz für die Einstellung von Straftentlassenen zu bieten, kann bis zu dem Zeitpunkt, da der Neueingestellte wieder seine volle Arbeitsleistung erbringt, den Firmen ein Ausgleich gezahlt werden. Somit können sie dem Arbeitnehmer sofort den vollen tariflichen Lohn ausbezahlen.

Bei Antrag auf Überbrückungsbeihilfe sollte der Antragsteller auch noch die Höhe seiner Schuldenlast in die dafür vorgesehene Spalte wahrheitsgemäß eintragen, da das Arbeitsamt dann prüft, ob ihm außer der nicht zurückzuzahlenden Überbrückungsbeihilfe noch ein Darlehn zu gewähren ist. Dieses Darlehn, das ihm einen besseren Start in ein neues Leben ermöglichen soll, ist in kleinen Raten zurückzuzahlen.

Alle anfallenden Kosten werden ersetzt. Fährt zum Arbeitgeber, Anfertigung von Schriftstücken, Fotokopien oder, wenn das Arbeitsamt ihn in Berlin nicht vermitteln kann, die Reise- und Umzugskosten nach Westdeutschland.

Bei einer durch den Strafantritt unterbrochenen Berufsausbildung kann das Arbeitsamt sowohl während der Haftzeit als auch nach der Entlassung diese Ausbildung bis zum Abschluß voll finanzieren.

Bei der derzeitigen Arbeitsmarktlage ist es nach den Worten von Herrn Assessor Müller nicht allzu schwierig, entlassene Gefangene in Arbeit zu vermitteln. Sollten sich am Arbeitsplatz insoweit Schwierigkeiten ergeben, daß die Arbeitskollegen von der Vorstrafe erfahren, so wird sich der Vermittler des Arbeitsamtes für den Betroffenen einsetzen und erforderlichenfalls versuchen, ihm einen neuen Arbeitsplatz zu vermitteln.

kl./J. W.

Der entsprechende Ratgeber des Landesarbeitsamtes Berlin und die Übersicht der einzelnen Kontaktvermittler für Straftentlassene nebst allen erforderlichen Anschriften und Telefonverbindun-

gen (Stand: 1. August 1969) können beim Sozialdienst der einzelnen Häuser und bei der Redaktionsgemeinschaft III des LICHTBLICK eingesehen werden.

Zur Klärung

Auf unsere Veröffentlichung "Kein Zutritt für den LICHTBLICK" in Nr. 7 unserer Zeitung erhielten wir Zuschriften der AA-Gruppen der Häuser II und III des Inhalts, daß entgegen den Verlautbarungen von Helmut Ziegner die Tegeler AA von Unihelp nicht unterstützt wird. Darüber haben wir den Vorstand von Unihelp befragt und sehen keinen Anlaß zu einer Berichtigung. Die AA möge sich in dieser Sache mit Unihelp auseinandersetzen.

Der AA-Gruppe des Hauses II danken wir an dieser Stelle für ihre klärende Zuschrift. Es trifft nach unsrigen Erkundigungen zu, daß an ihrem öffentlichen Meeting am 22. Juni keine Familienangehörigen teilnahmen. Nach der abweisenden Erklärung der AA-Gruppe III hatten wir uns auch nicht um eine Teilnahme zur Berichterstattung im Hause II bemüht. Auch wissen wir nun, daß an diesem Meeting kein Mitarbeiter des 'Petrusblatt' teilgenommen hat.

Also nichts für ungut! -

Hingegen hat uns das sehr umfangreiche Schreiben der AA-Gruppe des Hauses III, soweit es den LICHTBLICK betrifft, sehr befremdet. Als Gefangenenzeitung für Tegel ist es unter anderem unsere Aufgabe, über alle bemerkenswerten Ereignisse in der Anstalt zu berichten. Wenn die AA des Hauses III, denen ja - laut Brief - Einsicht und Bescheidenheit oberstes Gebot ist, keine Veröffentlichungen über ihre unserer Ansicht nach segensreiche Arbeit wünscht, so nehmen wir das zur Kenntnis.

Inzwischen hat die AA-Gruppe des Hauses III um eine Aussprache, in der die Standpunkte angeglichen und Mißverständnisse und Vorbehalte ausgeräumt werden konnten.

Redaktionsgemeinschaft III

DIE WEITERE SEITE

"Ich habe mich von meinem Verlobten getrennt", erzählt eine junge Dame ihrer Freundin.

"Warum denn?"

"Er kannte so viele unanständige Lieder."

"Was, und hat er sich erlaubt, sie dir vorzusingen?"

"Das nicht, aber er hat sie immer gepfiffen."

Die Tugend will nicht immer passen,
Im ganzen läßt sie etwas kalt,
Und daß man eine unterlassen,
Vergißt man bald.

Doch schmerzlich denkt manch alter

Knaster,

Der von vergangenen Zeiten träumt,
An die Gelegenheit zum Laster,

Die er versäumt.

Wilhelm Busch

Ein munterer Strohwitwer hat auf einer Party ein niedliches Mädchen kennengelernt. Vergebens versucht er, sie in seine Wohnung einzuladen.

"Aber warum wollen Sie mich denn nicht besuchen? Haben Sie etwa Angst vor Männern?"

"Nicht vor Männern, aber vor Kindern!"

"Meine Frau tut wirklich alles für mich", erzählt ein Mann seinem Freund, "jetzt hat sie sogar eine neue Sekretärin für mich ausgesucht."

"Ach, du hast schon wieder eine neue? Wie ist sie denn, blond oder dunkel?"

"Grau!"



Französisches Duell

Zwei ganz kleine Schauspielerinnen haben hinter den Kulissen einen ganz großen Krach.

"Eine Schlampe, die nicht einmal weiß, wer ihre Mutter ist!" zischt die eine und stemmt ihren Arm in die Hüfte.

"Von meiner Mutter", sagt die andere, "von meiner Mutter mußt du nicht schlecht reden... Vielleicht bist du es selbst!"

Im Klub fragt man den Lord H., wie es ihm bei der Herzogin B. gefallen hat. Der Lord läßt die Zeitung sinken und brummt: "Wäre die Suppe so warm gewesen wie der Wein - wäre der Wein so alt gewesen wie das Huhn - wäre das Huhn so knusprig gewesen wie die Nurse und die Nurse so bereitwillig wie die Herzogin... meine Herren, es wäre ein perfektes Weekend gewesen!"

Ein Mann saß abends an seinem Fenster und rief zu seiner Gattin hinüber: "Dort geht diese Frau, in die Bill Jones so wahnsinnig verliebt ist."

Seine Gattin, die in der Küche war, ließ eine Porzellantasse fallen, stürzte durch die Tür, stieß das Goldfischbassin um und reckte ihren Hals aus dem Fenster.

"Wo?" rief sie.

"Dort", zeigte er, "die Frau an der Ecke mit dem Regenmantel."

"Du Idiot", zischte sie, "das ist doch seine Frau!"

"Na ja, natürlich..." sagte er sanft.

"Da lese ich gerade in der Statistik", sprach der ältere Herr, "daß in New York jede halbe Stunde ein Mensch überfahren wird."

"Ach Gott!" murmelt die ältere Dame: "Der arme, arme Mann!"

Lüstiges Silberrätsel

Aus den Silben: ahn — arzt — au — bach — bord — chrom — den — der — dert — dung — ein — em — erd — fer — fest — fran — gar — ge — her — hun — irr — ka — ken — kno — lau — läu — lauf — le — lei — ma — me — ne — neun — ni — nie — no — no — on — ons — po — punkt — re — rei — schol — sta — stand — sten — ten — ten — ter — ter — ter — ti — u — un — sollen die nachstehend „definierten“ Wörter gebildet werden. Deren Anfangsbuchstaben ergeben, von oben nach unten gelesen, „ein Vogelprodukt, daß mit einer japanischen Münze in einem Verkehrsmittel Schaden erleidet.“

1
Hautöffnung eines Emmendinger Kfz-Zeichens

2
Geisteskranke Schachfigur

3
Auf einer Haltestelle tätiger Mediziner

4
Auf dem Lande lebender Plattfisch

5
Schweizer Münzen mit geringem Wert

6
Auf einem Wandbrett montiertes Geschütz

7
Bodennahrung eines Vorfahren

8
Sehr langes Hasenbein

9
Vielzähliges Wahrnehmungsorgan

10
Minderwertige Marktbude

11
Englische Verneinung von Fliegenlarven

12
Gekochtes englisches Zahlwort auf einer Feier

13
Nicht gerade leises Gewässer

14
Das einfarbige französische „man“

15
Die Hälfte eines Storchvogelpaares

16
Metallisches Schusterwerkzeug

17
Verknüpftes Satzzeichen

Auflösung des Preis-Quiz aus Nr. 7

- falsch** Kleopatra, die letzte Pharaonin, gehörte zur Dynastie der Ptolemäer, die aus Mazedonien stammten.
- falsch** Das einundzwanzigste Jahrhundert beginnt mit dem 1. Januar des Jahres 2001.
- falsch** Kleidermotten legen ihre Eier in Stoffe. Die Raupen, die sich daraus entwickeln, fressen die Löcher in die Kleider.
- falsch** Nicht auf der südlichen Halbkugel.
- falsch** Kapern sind Blütenknospen des Kapernstrauches.
- falsch** Der Atlantik ist schon vorher überquert worden. Lindbergh war der erste, der allein von New York nach Paris geflogen ist.
- falsch** Den geringsten Abstand von der Erde hat die Sonne am 2. Januar.
- richtig** Der Kolibri kann vor- und rückwärts fliegen.
- falsch** Schon assyrische und römische Krieger haben Röcke getragen.
- falsch** Bei vielen Gesellschaften fliegen verheiratete Stewardessen, sogar Mütter.
- falsch** Der Diamant ist reiner Kohlenstoff und brennt bei etwa 775 Grad.
- falsch** Der Marienkäfer lebt von Blattläusen.

Ergebnis!

Keiner der Einsender löste das Preis-Quiz richtig und vollständig!

Wir haben uns daher entschlossen, den beiden Besten

H. G., Haus III/B IV mit 11 Richtigen

H. H., Haus III/A II mit 8 Richtigen

je 1 Buch als Trostpreis zuzutellen.

Redaktionsgemeinschaft

Feiger Gedanken
bängliches Schwanken,
Weibisches Klagen,
ängstliches Zagen
Wendet kein Elend,
macht Dich nicht frei.

Allen Gewalten zum Trotz
sich erhalten,
Nimmer sich beugen,
kräftig sich zeigen,
Rufet die Arme der Götter
herbei.

Goethe

DER LICHTBLICK, unabhängige Zeitung

Herausgeber: Redaktionsgemeinschaft Haus III

REDAKTION: 1 Berlin 27 (Tegel), Seidelstr. 39 III

Namentlich gezeichnete Artikel sind Beiträge anstaltsfremder Personen. — Für veröffentlichte Leserbriefe sind die Einsender verantwortlich.

Beiträge und Leserbriefe decken sich nicht immer mit der Meinung der Redaktion.

REDAKTIONSSCHLUSS für die September-Ausgabe: 3. September 1969